



CG8

Alternativgipfel

Rostock 5.-7. Juni 2007

*PS: Im Übrigen gehört die Spenden-
absetzbarkeit generell eingeführt.*



*Spendenabsetzbarkeit -
angekündigt und vergessen?*

INHALT

Editorial - Sarkozy und die Müdigkeit	3
G8 - Alternativgipfel	
Vorbereitungen laufen auf Hochtouren	4
Aufruf zum internationalen G8 Alternativkongress	5
ABO-Formular	6
McPlanet	
Kongressrückblick	7
Recht auf eine andere Information Eine Kampagne für Erwerbslose	10
Veranstaltungen 2007 OeNWE	11
NACHKLANG-WIDERHALL	
Ein Denkmal zur Erinnerung - Eröffnung 11.5.07	12
JOBS	
ZARA sucht 2 MitarbeiterInnen für den Bereich	
Öffentlichkeitsarbeit und Training	14
Konferenz Zivilgesellschaft	
Einladung zur Konferenz	16
Inhalte	18
Wendepunkt	
Deutschland: Einladung zum Schreibwettbewerb:	
Wenn Hilfe zur Begegnung wird	37
EU-Report	
Kurzmeldungen	39
Technologien zum Schutz der Privatsphäre	40
Ein weiterer Schritt zu einer neuen Meerespolitik -	
EU-Konferenz in Bremen	43
Annahme des Haushaltsvorentwurfs 2008: Größter Anteil der	
EU-Ausgaben für Wachstum und Beschäftigung veranschlagt ..	45
Ombudsmann: EU-Verwaltung noch	
nicht bürgerfreundlich genug	47

Nächste Ausgabe

14.5.2007

Impressum

Glocalist Review : Digitale
Wochenzeitschrift für
NGO&NPO-Management,
Politik, Ökonomie und Kultur;
Gegr. 2003

Medieninhaber und Verleger:
„arbeitsraum-philosophie“ agen-
tur für analoge & digitale kom-
munikationswirtschaft GmbH
Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer
Redaktion: A-1030 Wien,
Barmherzigeng. 17/6/1;
oder per Mail an
redaktion@glocalist.com

Design: www.arbeitsraum.at

Anzeigenverwaltung:
anzeigenleitung@glocalist.com

Abo-Service:

abo@glocalist.com

[>>http://www.glocalist.com](http://www.glocalist.com)

Abonnement

Bezugsabmeldung nur zum Ende des
vereinbarten Zeitraumes mit sechs-
wöchiger Kündigungsfrist.

Internet:

www.glocalist.com

Mail:

office@glocalist.com

Bankverbindung: BLZ 20111

Kto: 2836 234 1100

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte und LeserInnen-
briefe wird keine Haftung und
Gewährleistung übernommen.
Der Herausgeber und die
Redaktion behalten sich even-
tuelle Kürzungen vor. Nament-
lich gekennzeichnete Beiträge
drücken nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers und
der Redaktion aus und für diese
Beiträge und ihren Wahrheits-
gehalt haften ausschließlich die
AutorInnen.

Sarkozy und die Müdigkeit

Die Wahlen sind geschlagen, die erwarteten Unruhen wie Aufstände sind weitgehend ausgeblieben, die Kommentare in der Weltpresse und Reaktionen der Kanzleien dieser Welt sind von getragener Müdigkeit gekennzeichnet.

Nun, Sarkozy hat gewonnen...Ja, und. Er wird pragmatisch werden - was gut ist angesichts seiner deftigen Sprüche, die man wohl als ein Kennzeichnen der Le Penisierung der Politik verstehen kann - und die großen Probleme Frankreichs werden wohl weiter auf der sprichwörtlichen Straße liegen bleiben, die da sind Arbeitslosigkeit, geringes Wirtschaftswachstum, eine tiefe soziale Spaltung und Unklarheit wie denn nun mit einer europäischen Verfassung umzugehen sei.

Die Jugendorganisationen haben zur Mäßigung in den Vorstädten aufgerufen, was weitgehend Früchte gezeitigt hat und die

„Linke“ ist mehr als heillos zerstritten und ist nie wirklich hinter Royal gestanden.

Die zivilgesellschaftlichen Kräfte Frankreichs sind in einer schweren Krise, was das Beispiel Attac Frankreich recht gut illustriert und haben eine globale Ausrichtung wie Kooperation nie geschafft.

Der Gaullismus wird unaufgeregt zu Grabe getragen und ein Stück Besonderheit Frankreichs dürfte wohl sang- und klanglos verschwinden. Was bleibt, ist so die große Müdigkeit.



CHRISTIAN NEUGEBAUER,
HERAUSGEBER



Nr. 17

MAI

im Zeitschriftenhandel

Vorbereitungen für den G8 Alternativgipfel laufen auf Hochtouren

Prominente Globalisierungskritiker als Teilnehmer erwartet

Die Planungen für den alternativen G8 Kongress in Rostock nehmen konkrete Gestalt an. Auf den Podien werden bekannte Persönlichkeiten des globalisierungskritischen Spektrums sprechen. Angekündigt haben sich u.a. Jean Ziegler, Vandana Shiva aus Indien, der philippinische Globalisierungskritiker Walden Bello, die französische Aktivistin Susan George und der in Mexiko lebende Theoretiker John Holloway. Gleichberechtigt werden Wissenschaftler, Gewerkschafter und Basisaktivisten aus nahezu allen Kontinenten ihre Perspektiven zur Globalisierung einbringen.

Der Alternativgipfel wird von einem breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen getragen. Noch nie gab es in Deutschland bei einem vergleichbaren Ereignis ein derart breites Bündnis. Zu den Initiatoren gehören rund 40 Organisationen, darunter Oxfam, die IG Metall, Attac, Pro Asyl, Misereor, Greenpeace und der Evangelische Entwicklungsdienst. Zu den Unterstützern zählen u.a. Verdi, Brot für die Welt und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Neben acht zentralen Podiumsveranstaltungen werden in der Rostocker Innenstadt über 120 Workshops angeboten, die von einer Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen organisiert sind.

Die kritische Diskussion über die Kernpunkte der G8 Agenda von Heiligendamm bildet einen Schwerpunkt der Veranstaltungen. Bei den Themen Klima- und Energiepolitik, Finanzmärkte, Entwicklung und geistiges Eigentum werden Sichtweisen und Lösungen abseits der herrschenden Politik diskutiert. Weitere Schwerpunktthemen sind Krieg und Globalisierung, Migration und die Fragen der globalen Gerechtigkeit. ■

Nachstehend publizieren wir den Aufruf zum G8 Alternativgipfel



G8 2007 – Es gibt Alternativen

Aufruf zum internationalen G8 Alternativkongress

Rostock 5.-7. Juni 2007

Der Gipfel der acht reichsten und mächtigsten Staaten der Welt findet 2007 in Heiligendamm bei Rostock statt. Die Politik der G8 stößt seit langem weltweit auf Kritik und Protest. Auch beim Gipfel 2007 wird dies in vielfältigen Formen sichtbar werden. Ein wichtiges Element ist dabei der Alternativgipfel vom 5.-7. Juni in Rostock. Dazu laden wir alle ein, die Alternativen wollen.

Obwohl die Staats- und Regierungschefs der G8 nur 13 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, behandeln sie Fragen der Weltwirtschaft, von Entwicklung, Umwelt, Krieg und Frieden und andere Probleme, die die gesamte Menschheit betreffen. Dabei haben sie vor allem ihre eigenen, oft an kurzfristigen nationalen Zielen ausgerichteten Interessen im Blick. Das soll auch 2007 wieder so sein. Die Bundesregierung hat das Thema „Investitionssicherheit“ zum eigentlichen Leitmotiv des Gipfels erklärt.

Diese Art der Globalisierung bringt viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervor.

Zu den Verlierern gehört die soziale Gerechtigkeit. Weltweit nehmen Armut und soziale Polarisierung zu. Während die Zahl der Hungernden in den letzten zehn Jahren von 840 Millionen Menschen auf 854 Millionen gestiegen ist, hat die winzige Gruppe von Millionären und Superreichen ihr Kapitalvermögen von 16 Billionen Dollar auf 33 Billionen verdoppelt. Profiteure der Globalisierung sind auch „Global Player“ - wie institutionelle Anleger und transnationale Konzerne. Gleichzeitig nehmen selbst in den meisten Industrieländern Armut und soziale Unsicherheit zu.

Zu den Verlierern gehört auch die Umwelt. Die herrschende Wirtschafts- und Lebensweise führt in die Klimakatastrophe, vernichtet die Artenvielfalt und plündert die natürlichen Ressourcen des Planeten. So werden die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört. Die an grenzenlosem Wachstum und unregulierter Dynamik des Marktes orientierte Politik der G8 verschärft die globalen Umweltprobleme.

Zu den Verlierern gehören auch Frieden und internationale Sicherheit. Die Ursachen für Konflikte nehmen zu. Dies befördert Nationalismus, Rassismus, Fundamentalismus, Gewalt, Terror und Krieg. Doch anstatt weitsichtiger Konflikt-

prävention erleben wir eine zunehmende Militarisierung der internationalen Politik. G8 Staaten führen auch Krieg oder sind an bewaffneten Konflikten beteiligt.

Unter den Verlierern sind Frauen wiederum in besonderem Maße betroffen. Millionen von Menschen werden durch unerträgliche Lebensbedingungen zur Migration und Flucht gezwungen. Gleichzeitig wird die Abschottung gegen Migration überall verstärkt.

So kann es nicht weiter gehen. Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen geht anders. Wir wollen eine demokratische Globalisierung von unten. Eine Globalisierung von Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Wir wollen faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Wir wollen eine solidarische Ökonomie. Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Wir wollen einen verantwortungsbewussten und zukunftsfähigen Umgang mit unserer Umwelt. Wir treten ein für Friedfertigkeit und politische Konfliktlösungen.

Es gibt Alternativen zur Politik der G8. Wir wollen sie der Öffentlichkeit präsentieren. Wir wollen uns untereinander aber auch über offene Fragen austauschen und gemeinsam an deren Beantwortung arbeiten.

InitiatorInnen: Aktionsbündnis AIDS, Aktionsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL), Attac Deutschland, BDKJ, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Bund demokratischer WissenschaftlerInnen, Deutscher Naturschutzring (DNR), Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Eine Welt Landesnetzwerk MV, Erlassjahr.de, FIAN, Forum Umwelt und Entwicklung, Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), Gerechtigkeit jetzt!, Greenpeace Deutschland, Heinrich Böll Stiftung, IG Metall, INKOTA-netzwerk, Interventionistische Linke, IPPNW, Landesflüchtlingsrat MV, Leipziger Missionswerk, medico international, Misereor, Netzwerk Friedenskooperation, Netzwerk Grundeinkommen, Ökumenische Initiative eine Welt, Oxfam Deutschland, Pro Asyl, Rosa Luxemburg Stiftung, Stiftung Nord-Süd Brücken, Terre des Femmes, Urgewald, VENRO, WEED. **International:** Action Aid, FOE Europe, Focus on the Global South, Via Campesina ■

Glocalist

MEDIEN



MEDIEN FÜR WIRTSCHAFTSETHIK, NACHHALTIGKEIT UND SOZIALE VERANTWORTUNG

Tustdu denken
mutdu lesen!



**Jeden Monat in
ihrer Post**

10 Ausgaben jährlich



**Jeden Montag in
ihrer Mailbox**

41 Ausgaben jährlich

Ich will lesen:



KOMPLETT-ABO

**Jetzt zum
Einführungspreis***

(statt 125,-) von

80,- Euro

für 41 Ausgaben GLOCALIST Review und 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine
inkl. Versand innerhalb Österreichs.



Magazine-ABO

**Jetzt zum
Preis von**

40,- Euro

für 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine inkl. Versand innerhalb Österreichs.

ABO-Variante bitte ankreuzen

Vorname/Nachname:

Firma/Organisation:

Straße:

PLZ/OrtL:

E-Mail:

ABOBESTELLUNG per **Mail** an abo@glocalist.com od. **Fax**: 01/597 6855

Achtung Kleingedrucktes: Das Glocalist Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich um ein weiteres Jahr zum regulären Preis. Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter abo@glocalist.com oder per Post an: „Glocalist Medien“ Barmherzigengasse 16/7/1, A-1030 Wien. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels). *Einführungspreis gültig bis 31.12.2007. Der Einführungspreis gilt einmalig und ist auf bestehende Abonnements nicht anrechenbar und gültig für ein Jahresabo.

Kongress McPlanet

McPlanet.com 2007
Klima der Gerechtigkeit



Mit scharfer Kritik an der Klimapolitik der Bundesregierung und der Ankündigung, am 2. Juni in Rostock im Rahmen der G8-Proteste für ein "Klima der Gerechtigkeit" auf die Straße zu gehen, ist am Sonntag, den 6. Mai, der dreitägige Kongress McPlanet.com an der TU Berlin zu Ende gegangen.

Keine ökologische Gerechtigkeit, ohne soziale Gerechtigkeit

Mehr als 2000 Menschen aus Umweltbewegung und globalisierungskritischer Bewegung, Politik, Wissenschaft und Kirche waren der Einladung zum Kongress gefolgt, der von Attac, BUND, EED, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung, in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie veranstaltet wurde.

"Wir haben es satt, dass die Bundesregierung sich in Deutschland, der Europäischen Union und bei den G8-Verhandlungen mit schönen Formulierungen in Szene setzt, ihre tatsächliche Politik dem Klimaschutz aber zuwiderläuft", heißt es in einer gemeinsamen Deklaration der VeranstalterInnen, die auf dem Kongress von zahlreichen TeilnehmerInnen gleich unterzeichnet wurde.

Eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft ist nach Überzeugung der McPlanet.com-Teilnehmer möglich. Zur Verwirklichung brauche es aber klare, politisch gesetzte Rahmenbedingungen. Die Politik müsse endlich einen gerechten

Klimaschutz zur Leitidee machen, statt weiterhin vorrangig einseitige Wirtschaftsinteressen zu bedienen. Dafür sei starker Druck aus allen Bereichen der Gesellschaft notwendig. "Wir werden unsere Verantwortung für unser Klima wahrnehmen: nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Wähler und politisch aktive Bürger", kündigten die UnterzeichnerInnen der Erklärung an.

Die Forderungen

Die KongressteilnehmerInnen fordern, dass sich die EU auf ein Emissionsziel von minus 30 Prozent bis 2020 festlegt. Deutschland solle sich verpflichten, seine Treibhausgase im selben Zeitraum um 40 Prozent zu senken. Um die gravierendsten Folgen des Klimawandels abzuwenden, sei es nötig, die weltweiten Emissionen bis im Jahr 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 zu halbieren. Deutschland als Industrieland müsse seine Emissionen um mindestens 80 Prozent reduzieren. Zu den weiteren Forderungen gehören eine radikale Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung. Der Atomausstieg müsse beibehalten und die Nutzung von Kohle so schnell wie möglich zurückgefahren werden. Zudem sollten Emissionsrechte nicht länger an Verschmutzer verschenkt, sondern zu 100 Prozent versteigert werden.

Lesen Sie nachstehend die Abschlusssdeklaration des Kongresses. ■

Reclaim the Climate:

Für ein Klima der Gerechtigkeit!

Klimachaos: An den Polen schmelzen die Eiskappen und der Permafrost taut mit atemberaubender Geschwindigkeit. Selbst die riesigen Ozeane versauern; in der Karibik erreichen die Hurrikane eine ungeahnte Stärke und Häufigkeit. Dürren plagen selbst die Urwälder im regenreichen Amazonasbecken und ungeahnte Regenfluten den indischen Wüstenstaat Rajasthan. Hitzewellen erfassen Europa. Die gesamte Schöpfung ist bedroht.

Wir wissen: Klimachaos tötet. Die Armen des Planeten trifft es am härtesten. Das sind Kleinbäuerinnen, die ihre Ernten verlieren. Es sind Küstenfischer, deren Fänge durch das Absterben der Korallen zurückgehen. Es sind Viehhirten, deren Herden bei Dürrekatastrophen verhungern. Es sind Slumbewohnerinnen, deren Hütten durch Flutkatastrophen weggespült werden. Dem Hurrikan Katrina fielen in New Orleans 1300 Menschen, vor allem arme Afroamerikaner, zum Opfer. Schon jetzt gibt es weltweit 20 Millionen so genannter Klimaflüchtlinge.

Wir wissen: Klimachaos ist radikaler Ausdruck globaler Ungerechtigkeit. Es trifft diejenigen am härtesten, die am wenigsten zu seinen Ursachen beitragen. Schon zu lange missbrauchen wir unsere Atmosphäre als Mülldeponie für CO₂. Diese Deponie ist zu über 85% gefüllt mit den Emissionen der Industrieländer: Sie sind die Verantwortlichen. Die Reichen der Erde bauen ihre Fehl-Entwicklung darauf auf, die fossilen Tresore der Erde zu plündern. Andere folgen nun diesem Pfad nach.

Wir wissen: Uns rennt die Zeit weg. Um die gravierendsten Auswirkungen des Klimachaos noch abzuwenden, muss die globale Erwärmung möglichst unter zwei Grad gehalten werden. Dazu müssen wir weltweit innerhalb von 10 Jahren den steil ansteigenden Emissionstrend brechen, und dann bis 2050 die Emissionen gegenüber dem Niveau von 1990 halbieren. Als Industrieland muss Deutschland seine Emissionen um mindestens 80% reduzieren.

Wir wissen: Klimaschutz ist machbar. Die Hälfte des Energieverbrauches kann schon mit heutigen Technologien einge-

spart werden. Erneuerbare Energien haben das Potenzial, einen Großteil des verbleibenden Energiebedarfes zu befriedigen. Es sind vor allem mächtige eingefahrene Lobbyinteressen, die einem ambitionierten Klimaschutz im Weg stehen.

Wir wissen: So wichtig internationale Verhandlungsprozesse auch sind: 15 Jahre nach Unterzeichnung der Klimakonvention in Rio und 10 Jahre nach Abschluss des Kyotoabkommens steht der entscheidende Durchbruch in der internationalen Klimapolitik immer noch aus. Viel zu lange sind globale Klimaverhandlungen als Placebo für echte Klimapolitik missbraucht worden. Schönen Worten folgte nur eine kümmerliche Umsetzung. Auch die G8 haben mit ihrer Energiepolitik wirksamen Klimaschutz verhindert.

Reclaim the Climate! Wir können den Schutz des Klimas nicht länger nur an diese Prozesse delegieren. Wir müssen selbst aktiver werden, den Klimaschutz in unseren Städten und Gemeinden und in unseren nationalen Parlamenten weiter stärken, die verantwortlichen Unternehmen vor unsere Gerichte zerren.

Wir haben es satt, dass Politik vorrangig von Wirtschaftsinteressen gesteuert wird. Die Politik hat ihr Mandat vom Volk, nicht von den Konzernen. Wir erwarten von den VolksvertreterInnen, endlich klare Position für einen gerechten Klimaschutz zu beziehen.

Wir haben es satt, dass die Bundesregierung sich in Deutschland, der Europäischen Union und bei den G8-Verhandlungen mit schönen Formulierungen in Szene setzt, ihre tatsächliche Politik dem Klimaschutz aber vielfach zuwiderläuft. Im grenzenlosen globalen Wettbewerb, den die G8 gemäß dem neoliberalen Wirtschaftsmodell entfesseln wollen, wird Klimaschutz zum Standortnachteil.

Wir haben es satt, dass die gewählten Regierungen weiterhin die fossile Energiewirtschaft staatlich fördern, in vielen der G8-Staaten allen voran die Mineralölwirtschaft, deren Beitrag zum Klimawandel und deren oft unverantwortliches Verhalten in der Ölförderung keine Steuergelder verdienen.

Wir haben es satt, dass Billigflieger mit Subventionen gepöppelt werden, während Bahnreisen immer teurer werden. Die Reisepreise müssen die ökologische Wahrheit sagen.

Wir haben es satt, dass die Klimaopfer im Süden mit den Folgen des Klimachaos allein gelassen werden. Die Verursacher des Klimawandels müssen für die Schäden einstehen und die Kosten für Anpassungsmaßnahmen tragen.

Wir haben es satt, dass europäische Autokonzerne ihre Selbstverpflichtung zur Senkung des CO₂-Ausstoßes ihrer Flotten missachten und die Einführung verbindlicher Standards torpedieren.

Wir haben es satt, dass Stromkonzerne den Klimawandel missbrauchen, um eine Laufzeitverlängerung für hochriskante Atomreaktoren durchzudrücken, statt endlich entschieden in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu investieren. Der Atomausstieg muss beibehalten werden. Was wir brauchen ist eine radikale Steigerung der Energieeffizienz, die Nutzung erneuerbarer Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung. Kohle ist der klimaschädlichste Energieträger, ihre Nutzung muss so schnell wie möglich zurückgefahren werden.

Wir haben es satt, dass dieselben Stromkonzerne ihre Monopolstellung missbrauchen, um auf Energiegipfeln immer neue, milliarden schwere Zugeständnisse für längst vergangene Investitionszusagen rauszuschlagen. Wir brauchen endlich fairen Wettbewerb: Die Monopolstellung der großen Stromkonzerne muss zerschlagen sowie das Netz vom Betrieb der Kraftwerke getrennt werden.

Wir haben es satt, dass unsere Regierungen milliarden schwere Emissionsrechte an die Verschmutzer verschenken. Die Emissionsrechte müssen zu 100% auktioniert werden. Der Himmel gehört uns allen, nicht den Konzernen.

Wir haben es satt, dass durch Brandrodung jahrtausendealter Urwälder in Asien und Amazonien der Klimawandel massiv vorangetrieben wird. Antriebskraft hierfür ist nicht zuletzt der Hunger der Industriestaaten nach Agrarprodukten wie Soja oder Palmöl. Die letzten Urwälder müssen unter Schutz gestellt werden und die Industriestaaten hierzu finanzielle Beiträge leisten.

Wir haben es satt, dass globale Klimaverhandlungen zum Mikadospiegel degenerieren, nach dem Prinzip „Wer sich als erster bewegt, verliert“. Es ist höchste Zeit, dass die EU sich ohne Vorbehalte auf ein Emissionsziel von minus 30% bis 2020 festlegt. Deutschland muss mit der Verpflichtung, 40% seiner Treibhausgase zu senken, offensiv die Verhandlungen vorantreiben. Nur wenn die Industrieländer ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangen, können sie auch die aufstrebenden Entwicklungsländer in ein Klimaschutzregime einbinden.



Zeit zum Handeln: Jetzt Klimachaos stoppen! Wir sind fest vom Ziel einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft überzeugt. Beides ist untrennbar miteinander verbunden: Wir werden soziale Errungenschaften nur vor dem Klimachaos schützen können, wenn wir die ökologischen Grenzen des Planeten achten und unseren Wohlstand nachhaltig erwirtschaften. Aber auch ambitionierter Klimaschutz ist nur machbar, wenn Chancen und Lasten gerecht verteilt werden. Die Verwirklichung dieser Vision bringt der Markt nicht aus sich hervor, er braucht klare, politisch gesetzte Rahmenbedingungen.

Reclaim the Climate – Für ein Klima der Gerechtigkeit: Das Klimachaos ist unser Problem. Daher werden wir uns ihm entschlossen entgegenstellen. Druck machen müssen alle: Frauen und Männer, Junge und Alte, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Wissenschaft, die Medien und die Kunst, die Arbeitslosen und auch die Unternehmen, die gelernt haben, dass sie Gewinne nicht mehr auf Kosten Dritter machen können. Wir werden unsere Verantwortung für unser Klima wahrnehmen: Nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Wähler und als politisch aktive Bürger: Am 02. Juni in Rostock, und am 08. Dezember in Berlin werden wir auf die Straße gehen, um für ein Klima der Gerechtigkeit zu demonstrieren. Zusammen können und werden wir die Klimakatastrophe verhindern!

Dies ist die Erklärung des McPlanet.com Kongresses 2007 „Klima der Gerechtigkeit“

Ein Kongress von attac, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Evangelischer Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich Böll Stiftung vom 04.–06. Mai 2007 in Berlin.

Recht auf eine andere Information – eine Kampagne für Erwerbslose

Die gemeinsame Kampagne gestartet am 5. März von ÖGB und Glocalist Medien kann nach rund einem Monat eine erste positive Zwischenbilanz ziehen.

Bisher haben Unternehmen, Interessensverbände und Parteien bereits über 150 Förder-Abos gelöst; und die Aktion läuft weiter.

Einer der ersten Unterstützer war die **CASINO Austria AG**. Dazu Mag. Dietmar Hoscher, Mitglied des Vorstandes der Casinos Austria AG: "Vor dem Hintergrund der aktiven Übernahme der gesellschaftlichen Verantwortung des Konzerns unterstützen die Casinos Austria AG das Projekt „Recht auf eine andere Information“ von Glocalist Medien und dem ÖGB, da es in seiner Form einzigartig und innovativ ist sowie einen wesentlichen Aspekt unserer Gesellschaft adressiert."

Förderer gesucht

Gesucht sind Unternehmen wie Privatpersonen gleichermaßen. Die Abnahme eines Förder-Abos ist nicht an eine bestimmte Anzahl gebunden. Jedoch ist die Anzahl der Abnahme nach oben hin offen. Das kostenfreie Abo für



den/die Erwerbslosen, prekär oder atypisch Beschäftigten ist völlig unverbindlich und erlischt nach dem Ablauf eines Jahres automatisch ohne weitere Kosten.

Und wie geht das im Detail?

Erwerbslose, prekär oder atypisch Beschäftigte melden sich entweder per Mail bei gewinnspiel@oegb.at oder postalisch an: ÖGB-Servicecenter, Laurenzerberg 2, A-1010 Wien oder per Fax an 01/53444-100611

Die erste Ziehung - Abos werden in der Anzahl der gelösten Abos kostenlos vergeben - findet am 15. April durch den ÖGB statt.

Förderabos (je Abo 125 Euro) der Glocalist Medien (Glocalist Review und Glocalist Magazine) für Erwerbslose, prekär und atypisch Beschäftigte können gelöst werden:

Mail >> abo@glocalist.com mit dem Kennwort „Förder-Abo“ (Angabe Namen, Rechnungsanschrift, Anzahl Abos)

Web >> <http://www.glocalist.at/index.php?id=18>

Veranstaltungen 2007 Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik

OeNWE-Stammtisch:

Im Rahmen des "Wirtschaftsethischen Kreises Wien" an jedem 1. Dienstag im Monat.

Ort: TINTO ROSSO, Dr. Karl-Lueger-Platz 4, 1010 Wien ab 18.30 Uhr.

Gäste sind jederzeit willkommen

Termine:

statt 1.5. wg Feiertag am 10.5. (NEU!!!) 5.6. / 3.7. / 7.8. / 4.9. / 2.10. / 6.11. / 4.12.

Wir freuen uns über Ihre Voranmeldung unter info@oenwe.com

Veranstaltungen:

07. Mai	Graz / Österreich	Unternehmensethik in der Praxis Veranstaltung der OeNWE Landesgruppe Steiermark
22. Mai - 02. Juni	Hessen / Deutschland	Lance Secretan in Deutschland Diverse Vorträge und Seminare
22. Mai - 02. Juni	Hessen/ Deutschland	Lance Secretan in Deutschland - Diverse Vorträge und Seminare
30. Mai	Wien / Österreich	2. Österreichischer CSR-Tag Diesmal auch mit einem Panel des OeNWE
30. Mai	Wien / Österreich	Die Trigos Gala 2007 - die Auszeichnung für Unternehmen mit Verantwortung
07. - 09. Juni	Abbazia di Rosazzo Friaul/Italien	TOP-Management Symposium "Entscheiden Sie Sich!?" Universitäts.Club Klagenfurt Einladung Frühbucher
21. - 22. Juli	Bergamo / Italien	Finance & Society in Ethical Perspective (EBEN Research Conference 2007)
18. - 20. September	Leuven / Belgien	EBEN-Annual Conference unter dem Motto „The European Identity in Business and Social Ethics“

Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik, Spiegelgasse 4/10, A-1010 Wien, Österreich
Tel: +43 (1) 479 978 4, Fax: +43 (1) 479 978 4

NACHKLANG-WIDERHALL

Der Kulturverein Kult-Ex errichtet in Leonding ein Denkmal zur Erinnerung an die Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung und den Widerstand von Jüdinnen und Juden, Roma, Sinti und Jenischen, behinderten Menschen, Angehörigen von Religionsgemeinschaften, Deserteuren, Homosexuellen, Kriegsdienstverweigerern, Kriegsgefangenen, politischen GegnerInnen, ZwangsarbeiterInnen und allen anderen Opfern des Nationalsozialismus.

Warum Leonding?

In Leonding stehen zwei Kriegerdenkmale für die Gefallenen und Vermissten des Zweiten und auch des Ersten Weltkriegs an einem symbolträchtigen Ort: Mitten im Zentrum, am alten Kirchenplatz, der unmittelbar in den Eingang zum Friedhof mündet, wo sich das Grab von Hitlers Eltern - eine Pilgerstätte der Neonazis - befindet und in unmittelbarer Nähe des Wohnhauses, wo Adolf Hitler von 1898 bis 1904 lebte.

Was fehlt, ist eine symbolische Imagination der historischen und gesellschaftlichen Realitäten des Nationalsozialismus und seiner Menschen verachtenden Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Diese hat vor allem in Oberösterreich mit dem Konzentrationslager Mauthausen und den vielen Nebenlagern sowie mit der Tötungsanstalt Hartheim nachhaltige Spuren hinterlassen. Im Gedächtnis der Stadt Leonding haben die Opfer bisher keinen Platz gefunden. Die Leidensgeschichten, der Widerstandskampf und die Warnung an die Nachgeborenen warten noch unverändert auf eine deutlich wahrnehmbare Erzählung.

Re-Konkretisierung der Vergangenheit

Die Zukunft der historischen Erinnerung hängt von ihrer Fähigkeit ab, sich stets zu erneuern und Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen. Denkmäler und Gedächtnisorte dienen der Vergegenwärtigung von Vergangenheit. Sie schaffen vielfältige Perspektiven, suchen die Kontroverse und verstehen sich als Einschreibungen in den öffentlichen Raum. Die Geschichtswissenschaften sorgen für die Rekonstruktion der Vergangenheit. Zusätzlich bedarf es aber immer wieder der Re-Konkretisierung, die nicht zuletzt in künstlerischen Werken

sowie durch kulturelle und multimediale Vermittlungsformen zum Ausdruck kommen muss. Darin liegt auch die Herausforderung: Historische Erinnerung darf nicht an Spezialistinnen und Spezialisten ausgelagert werden, sondern ist an individuelle Alltagserfahrungen, persönliche Lebensgeschichten und authentische Orte anzuknüpfen.

Insbesondere von den Frauen, die Opfer des Nationalsozialismus waren, ist in der österreichischen Erinnerungskultur wenig zu hören. Dies betrifft vertriebene und ermordete Jüdinnen, ermordete und zwangssterilisierte Romnia, Sintiza und Jenische, behinderte Frauen, verschleppte Zwangsarbeiterinnen, Frauen die Opfer organisierter Vergewaltigung in so genannten "Wehrmachtsbordellen" wurden, ebenso wie Widerstandskämpferinnen und Partisaninnen.

Hörbare Textskulptur als Denkmal

NACHKLANG-WIDERHALL ist ein Denkmalprojekt, das auf Sichtbarkeit abzielt (Entwurf Stele: Georg Lindorfer; Keramik: Monika Hinterberger) und diese um akustische Wahrnehmungszugänge erweitert. Mit Unterstützung der Stadt Leonding, dem Zukunftsfonds Austria, der Bundeskunstsektion und dem Land Oberösterreich errichtet der Verein Kult-Ex am alten Kirchenplatz, den die Pfarre Leonding - St. Michael zur Verfügung stellt, mit einer etwa 3 Meter hohen Klangsäule eine künstlerisch gestaltete Installation (Entwurf: Georg Lindorfer; Keramik: Monika Hinterberger), die sich dem flüchtigen Blick widersetzt. Gesprochene Beiträge der folgenden am Projekt beteiligten Literatinnen und Literaten bilden eine hörbare Textskulptur, die von den Gräueln und der Deportation der NS-Jahre erzählt und zugleich ermuntert, dass Widerstand und politisches Handeln in Zeiten extremer Repression notwendig und auch möglich sind: Michael Amon, Heimrad Bäcker, Bogdan Bogdanovic, Franzobel, Karl Markus Gauß (gelesen von Otto Tausig), Eva Geber, Elfriede Gerstl (gelesen von Ilse M. Aschner), Sabine Gruber, Henriette Haill (gelesen von Ilse M. Aschner), Josef Haslinger, Elfriede Jelinek, Eugenie Kain, Franz Kain, Leo Katz (gelesen von Konstantin Kaiser), Alois Kaufmann, Ruth Klüger (gelesen von Eva Geber), Walter Kohl, Traude Korosa, Theodor Kramer (gelesen von Otto Tausig), Ludwig Laher, Gitta Martl, Martin Pollack, Christian Qualtinger, Doron Rabinovici, Schoschana Rabinovici, Elisabeth Reichart, Erwin



Riess, Kathrin Röggl, Stella Rotenberg (gelesen von Siglinde Bolbecher), Gerhard Ruiss, Robert Schindel, Simone Schönett, Ceija Stojka, George Tabori, Peter Turrini (gelesen von Otto Tausig), Vladimir Vertlib, Susanne Wantoch (gelesen von Ilse M. Aschner), Ruth Weiss und Rosa Winter (gelesen von Tochter Gitta Martl).

Informationen

www.nachklang-widerhall.at

Mit Musik von Christof Dienz. Moderation: Johanna Tomek.

Eröffnung

NACHKLANG-WIDERHALL wird am Freitag, den **11. Mai 2007 um 14.30 Uhr in Leonding** unter dem Ehrenschutz von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer eröffnet. Neben Eröffnungsreden werden viele der beteiligten Schriftstellerinnen und Schriftsteller ihre Textbeiträge zur Klangsäule lesen.

Zeitgleich mit der Eröffnung wird eine Doppel-CD mit den Beiträgen der AutorInnen erscheinen, auf der Projektwebsite www.nachklang-widerhall.at werden die Texte hör- und lesbar sein.

ZARA

Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit sucht

eineN LeiterIn

für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit

ZARA-Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit ist eine NGO, die Opfer und ZeugInnen von Rassismus berät, Bewusstseinsbildungsarbeit für das Thema Rassismus leistet und Lobbyingarbeit im Anti-Diskriminierungsbereich macht. ZARA ist Mitglied in zahlreichen nationalen und internationalen Netzwerken.

Wir suchen eineN LeiterIn für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, der/die die Position von ZARA als Anti-Rassismus-Instanz und -ExpertInnenpool weiter ausbaut und verfestigt, auf Teilzeitbasis für 20 Wochenstunden.

Aufgaben

- o Themenplatzierung von ZARA als Organisation, von ZARA-relevanten Themen in der Öffentlichkeit und Bewerbung von ZARA-(Benefiz)-Events (ZARA:MONIE, ZARA:TALK, etc.)
- o Verfassen von Pressemeldungen/-aussendungen und von Artikeln auf Anfrage (z.B. Augustinkolumne)
- o Organisation von Pressekonferenzen
- o Koordination der ZARA-MitarbeiterInnen für Medienauftritte bzw. für das Verfassen von Beiträgen
- o Dokumentation der Pressearbeit
- o Laufende inhaltliche Betreuung der ZARA-Website
- o Erstellung von elektronischen Newslettern, ZARA-Foldern und des Jahresberichts für ZARA-Mitglieder

Anforderungen

- o Erfahrung im PR-Bereich und Öffentlichkeitsarbeit
- o Erfahrung im Umgang mit Diversität
- o Nachweisliches Interesse an Anti-Rassismus-Arbeit
- o Breitgefächerte kommunikative Fähigkeiten
- o Fähigkeit PR-Projekte und Benefizveranstaltungen zu planen, organisieren und koordinieren
- o Teamfähigkeit bei gleichzeitiger Fähigkeit selbständig zu arbeiten
- o Stressresistenz
- o Anwenderkenntnisse im EDV-Bereich (MS Office sowie Umgang mit einem CMS)
- o Gute Englischkenntnisse

Wir freuen uns auf aussagekräftige Bewerbungen, die Sie bitte bis spätestens 20.05.2007 an barbara.liegl@zara.or.at oder ZARA, Barbara Liegl, Luftbadgasse 14-16, 1060 Wien senden.

ZARA

Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit sucht

eineN LeiterIn für den Bereich Training

ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit ist eine NGO, die Opfer und ZeugInnen von Rassismus berät, Bewusstseinsbildungsarbeit für das Thema Rassismus leistet und Lobbyingarbeit im Anti-Diskriminierungsbereich macht. ZARA ist Mitglied in zahlreichen nationalen und internationalen Netzwerken.

Wir suchen eineN LeiterIn für den Bereich Training, der/die diesen Bereich weiter ausbaut und neue Zielgruppen für ZARA erschließt, auf Teilzeitbasis für 20 Wochenstunden.

Aufgaben

- o Bewerbung und aktives Verkaufen der von ZARA angebotenen Trainings für unterschiedliche Zielgruppen und Anbotslegung
- o Verwaltung und Koordination von Trainingsanfragen
- o Organisation und Betreuung des ZARA-Lehrgangs
- o Planung, Verwaltung und Koordination von Trainingsprojekten
- o Management der für ZARA tätigen TrainerInnen und Personalentwicklung
- o Qualitätssicherung und -management der Trainings
- o Dokumentation der Trainingstätigkeit
- o Finanzverantwortung für den Bereich
- o Inhaltlicher Input für die Öffentlichkeitsarbeit für die Bewerbung der ZARA-Trainings und des ZARA-Lehrgangs

Anforderungen

- o Erfahrung im Bereich KundInnenkontakt und im aktiven Aufbau von KundInnenbeziehungen
- o Erfahrung im Umgang mit Diversität
- o Nachweisliches Interesse an Anti-Rassismus-Arbeit und an den ZARA-Trainingskonzepten
- o Management der TrainerInnen basierend auf ihren Kompetenzen, ihrer Teamfähigkeit und ihrer Kompatibilität mit den Zielgruppen der Trainings
- o Basiswissen aus dem Bereich Evaluierung
- o Breitgefächerte kommunikative Fähigkeiten
- o Fähigkeit Trainingsprojekte zu planen, organisieren und koordinieren
- o Teamfähigkeit bei gleichzeitiger Fähigkeit selbständig zu arbeiten
- o Stressresistenz
- o Anwenderkenntnisse im EDV-Bereich (MS Office)
- o EU-Projektantragserfahrung

Wir freuen uns auf aussagekräftige Bewerbungen, die Sie bitte bis spätestens 20.05.2007 an barbara.liegl@zara.or.at oder ZARA, Barbara Liegl, Luftbadgasse 14-16, 1060 Wien senden.

Aufbruch zu neuer Gemeinsamkeit

Reden - Verstehen - Handeln

»Konferenz Zivilgesellschaft« für Organisationen, Initiativen und engagierte BürgerInnen



Samstag + Sonntag - 12. + 13. Mai 2006

Wien 23, Anton-Krieger-Gasse 25

Veranstalter:

Initiative Zivilgesellschaft - www.initiative-zivilgesellschaft.at

Die Initiative Zivilgesellschaft befindet sich in
Gründung
(ZVR-Zahl: 542210856)

Vorläufige Ansprechpersonen:

Fritz Binder-Krieglstein
Liniengasse 46/23
1060 Wien

Gerhard Schuster
Brantingasse 61
1100 Wien

Die Proponenten der Initiative Zivilgesellschaft:

Fritz Binder-Krieglstein (Eurosolar Österreich), Ines Kanka (Volksgesetzgebung jetzt!), Christian Neugebauer (Glocalist Medien), Harald J. Orthaber (ESD), Gabriele Pekny (Ökobüro) Wolfgang Pekny (Greenpeace Zentral- und Osteuropa) Klaus Sambor (ESD und Attac Grundeinkommen), Gerhard Schuster (IG-EuroVision Österreich), Klaus Schuster (SOL), Alexander Trinkl (Agenda X - Das junge Zukunftsnetzwerk), Peter Weish (Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz) und viele andere ...

Für die Einladung verantwortlich:

Christian Neugebauer (AG Organisation) und Gerhard Schuster (AG Inhalt)

Zivilgesellschaft - wir sind dabei! Du auch?

Einladung zur

2. KONFERENZ ZIVILGESELLSCHAFT

Am 12. und 13. Mai 2007 findet zum zweiten mal die Konferenz Zivilgesellschaft statt. Immer mehr Menschen aus den Umwelt-, Friedens-, Sozial-, Menschenrechts- und anderen Organisationen erkennen, dass die derzeitigen Entwicklungen nicht nur die Lebensgrundlagen irreversibel schädigen, sondern auch die humanen Grundwerte der Gesellschaften massiv gefährden. Diese Entwicklungen - wo aus vermeintlichen Zwängen und oft einseitigen Interessen die Natur zerstört wird und immer mehr Menschen in unwürdige Lebensverhältnisse geraten - sind kein unabwendbares Schicksal und die Spielregeln der heute herrschenden System-„Logik“ folgen keinen unveränderlichen Naturgesetzen: Eine andere Welt ist möglich und sie ist dringend notwendig!

Die politischen Kräfte in den Regierungen und Parlamenten scheinen gegenüber den Herausforderungen oftmals ratlos oder folgen bloß kurzfristigen Machtinteressen. Den langfristigen Interessen der Zukunftssicherung hingegen werden wir nur folgen können, wenn von einer breiten Basis her immer deutlicher der politische Wille zur Alternative in Erscheinung tritt. Dieses Ziel erkennen wir als unsere vordringliche Aufgabe; es ist das zentrale Anliegen der Konferenz Zivilgesellschaft.

Wir wollen in der Vielfalt von zukunftsbesonnenen Überzeugungen, Forderungen und Initiativen die Kräfte zu gemeinsamen Taten versammeln. Es geht letztlich um nichts Geringeres als um eine humane, zukunftsfähige Gestaltung der Weltverhältnisse.

Was bisher getan wurde und wie es weitergehen soll

Seit einigen Jahren werden in Wien zu den aktuellen Problemfeldern und möglichen Lösungsansätzen verschiedene Diskussionen geführt, die dann im zweiten Halbjahr 2005

in den Prozess zur Bildung der Initiative Zivilgesellschaft mündeten. Im Mai 2006 fand in Wien als Frucht dieses Prozesses die erste Konferenz Zivilgesellschaft statt. Als rechtlicher Rahmen und um die erforderlichen Strukturen für konstruktives Arbeiten aufzubauen, wurde im Frühjahr 2007 die Initiative Zivilgesellschaft als Verein konstituiert. Die Verfassung dieser nun ins Leben tretenden Organisation möchte unter dem Leitstern »Einheit in der Vielfalt« einen Ort bilden, der die Zusammenarbeit in der pluralistischen Zivilgesellschaft befördert, um ihr so mehr Kraft zu verleihen.

Im Zentrum der Initiative Zivilgesellschaft stehen als Marksteine auf dem Weg zu immer mehr Gemeinsamkeit und Einheit die künftig zweimal jährlich stattfindenden Konferenzen. [Siehe dazu mehr in den Statuten auf: www.initiative-zivilgesellschaft.at / >> Texte]

Bei der Konferenz am 12. und 13. Mai 2007 soll der Kreis von Organisationen, Initiativen und Personen, die in den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bereichen wirken und an vertiefter Zusammenarbeit interessiert sind, weiter vergrößert werden. Die Konferenz bietet ihnen die Möglichkeit, sich mit ihren Inhalten und Projekten einzubringen, sich zu gemeinsamen Zielen zu bekennen oder auch gemeinsame Aktionen zu planen.

Wir sind zuversichtlich, dass wir eine spannende und konstruktive Konferenz Zivilgesellschaft vor uns haben.

Die Geschichte geht weiter!



»Konferenz Zivilgesell- schaft«

für Organisationen,
Initiativen und engagierte
BürgerInnen

***Aufbruch zu neuer
Gemeinsamkeit***

Reden - Verstehen – Handeln

12. + 13. Mai 2006

Wien 23, Anton-Krieger-Gasse 25

**Konferenzbeiträge:
Inhalte, Referate,
Workshops und Anträge
von A - Z**

Verantwortlich für die Zusammenstellung:

Gerhard Schuster (AG Inhalt)

Sollte ein zugeschickter Beitrag vergessen worden sein,
bitte umgehend melden: gerhard.schuster@ig-eurovision.net

Die zeitliche Einteilung und der genaue Programmablauf wird bei der
Konferenz vorliegen.

Veranstalter der Konferenz: www.initiative-zivilgesellschaft.at

Europäische Allianz von Initiativen angewandter Anthroposophie / ELIANT

Aktion zur Stärkung der kulturellen Vielfalt in Europa am Beispiel der Aktion Eliant

Kurzreferat im Plenum, Workshop, Infotisch für Präsentation

Aufruf zur Unterstützung der Aktion ELIANT an die zukünftigen Mitglieder der Initiative Zivilgesellschaft.



Es handelt sich bei der Aktion ELIANT um eine EU-weite Unterschriftensammlung mit dem Ziel die Menschen anzusprechen, die Initiativen der angewandten Anthroposophie schätzen, wie Anthroposophische Medizin, Heilpädagogik, Demeter-Lebensmittel

Waldorferziehung und andere. Die Rechtsgrundlagen zur Entwicklung dieser Kulturinitiativen in Europa sind noch nicht ausreichend geschaffen. Vielmehr werden diese Aktivitäten zunehmend von Richtlinien und Vorgaben behindert. Aus diesem Grunde haben sich jetzt anthroposophische Dachorganisationen zur *Europäischen Allianz von Initiativen angewandter Anthroposophie / ELIANT* zusammengeschlossen. Sie setzen sich gemeinsam dafür ein, anthroposophische Einrichtungen und Dienstleistungen für die Bürger Europas rechtlich sichern zu helfen, und sich mit anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen mit ähnlichen Zielsetzungen zusammenzuschließen.

Jeder der mitdenkt hilft, jede Stimme zählt!

Die Charta der Allianz und Online- Stimmabgabe im Internet unter: www.eliant.eu

Wenn Sie die Aktion unterstützen wollen, wenden Sie sich an:

Thomas Göing, Aktion ELIANT, Rebgasse 37, D-79540 Lörrach;

Fax +49 7621 168 18 63; E-Mail info@eliant.eu

Die Europäische Allianz von Initiativen angewandter Anthroposophie mit der Kurzbezeichnung ELIANT ist ein Zusammenschluss von 10 auf europäischer Ebene tätigen Verbände und Institutionen (siehe auch die Charta vom 29.9.2006 unter www.eliant.eu).

Bedingungsloses Grundeinkommen: Statusreport

Kurzreferat im Plenum und Workshop

Seit der ersten Konferenz Zivilgesellschaft im Mai 2006 ist die Diskussion zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)“ immer intensiver geführt worden. Dies hängt auch mit dem derzeitigen Plan der Regierung zur Einführung einer „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ zusammen, die VertreterInnen des BGE als eine ungenügende Maßnahme bewerten.

Die VertreterInnen des BGE haben sich im „Runden Tisch – Grundeinkommen (RT-GE)“ zusammengefunden und umfassen verschiedenste Gruppierungen und viele Einzelpersonen. Bereits beim 1. Treffen des RT-GE gelang es über die Kriterien des BGE Einvernehmen zu erzielen (Bedingungslos, Universell, Personenbezogen, Existenzsichernd). Im Workshop wird auf die Ergebnisse in den weiteren 4 Treffen ausführlich berichtet werden.

Für eine zukünftige weiterführende Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzeptes, bei der die Erhaltung des Naturhaushaltes als Basis unseres Lebens oberstes Ziel sein muss, sind mit dem BGE verkoppelte und ergänzende Instrumente erforderlich.

Nach der Konferenz „Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein“ in Wien im Herbst 2005, findet nun im Okt. 2007 eine nächste deutschsprachige Konferenz (A, CH, D) in Basel unter dem Thema „Bedingungslos und existenzsichernd: Das Grundeinkommen als Menschenrecht“ statt (www.grundeinkommen2007.org). Die nächste Grundeinkommen-Konferenz in Berlin wird für Sept. 2008 bereits gemeinsam geplant. Neben diesen jeweils mehrtägigen Konferenzen finden sehr viele Veranstaltungen zu dem Thema BGE im Inland und im Ausland statt.

Neben all diesen Veranstaltungen werden auch Forschungsprojekte zu diesem Thema gestartet, z.B. in Österreich unter Mitwirkung einiger Initiativen, die bereits im RT-GE zusammenarbeiten.

Dr. Harald Hutterer, Dr. Fritz Hinterberger

Lebensqualität, Well-Being, Glück

Forschung zur Erarbeitung globaler und lokaler Strategien für globales Überleben, Frieden, Erhaltung der Natur, soziale Kohäsion und wirtschaftliche Prosperität im Sinne eines umfassenden Nachhaltigkeitsverständnisses

Kurzreferat im Plenum, Workshop

Österreich ist eines der Länder mit der höchsten Lebensqualität. Diese Lebensqualität ist durch mehrere global beobachtbare und mit einander zusammen hängenden Veränderungen (Megatrends) beeinflusst:

Der wirtschaftliche Wandel zu einer globalisierten Dienstleistungsgesellschaft.

Demographische Entwicklung (Überalterung, sinkende durchschnittliche Lebensarbeitszeit).

Änderung der Arbeits- und Erwerbsgewohnheiten.

Änderung der Lebensgewohnheiten (Flexibilisierung, neue Konsummuster, Urbanisierung).

Individualisierung, Auflösung von Gemeinschaften.

Verstärkte Konkurrenz um begrenzte natürliche Ressourcen, Klimawandel.

Ökonomisch betrachtet können diese Veränderungen als eine suboptimale Nutzung von Kapital gesehen werden. Ein rein monetäres Verständnis wirtschaftlicher Entwicklung reicht zu einem umfassenden Verständnis dieser Veränderungen nicht aus. Ein breiterer, sozial-, geistes- und kulturwissenschaftlicher Zugang ist von Nöten.

In einer international anerkannten (OECD, Weltbank etc.) Betrachtung geht es dabei neben der Erhaltung und Vermehrung wirtschaftlichen (Sach- und Finanz-)Kapitals ebenso sehr um die Erhaltung des sozio-ökonomisch-ökologischen Systems. Dieses System besteht aus: der Natur (Naturkapital), den Menschen (Humankapital), den Beziehungen zwischen den Menschen (Sozialkapital) und den daraus geschaffenen dauerhaften Werten wie Infrastrukturen und Kulturleistungen.

Wissenschaftliche Voraussetzung dafür ist eine fundierte Auseinandersetzung auf international höchstem Niveau u.a. mit Themen wie:

Systemische Beziehungen der dafür nötigen Kapitalformen,

(direkte) Messung von Lebensqualität/Glück/Well-Being, subjektive Wahrnehmung und „Produktion“,

ganzheitliche Bildung und systemisches Wissensmanagement,

Rahmenbedingungen physischen Wachstums innerhalb gegebener Grenzen,

Prävention in den Bereichen Gesundheit, soziale Kohäsion, Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung.

Um sich diesen Themen wissenschaftlich fundiert zu widmen, hat sich 2007 eine Initiative zur Gründung eines einschlägigen Ludwig-Boltzmann-Instituts gegründet. Ziel dieser Initiative ist es unter anderem, Forschung im zivilgesellschaftlichen Interesse zu betreiben.

CSR in KMU - TRAININGSHANDBUCH

Buchpräsentation auf einem Tisch, Postkarten zum mitnehmen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) scheuen häufig vor der Bezeichnung „CSR“ zurück. Inhaber und Schlüsselkräfte von KMU tun sich schwerer als Großkonzerne, Zeit und Geld in die Komplexität von CSR zu investieren.

Das CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY TRAININGSHANDBUCH zeigt, wie ein Verbesserungsprozess einleitet werden kann, bei dem Unternehmen, MitarbeiterInnen, die



Anspruchsgruppen in Gemeinwesen und die natürliche Lebensumwelt gewinnen. Das Trainingshandbuch führt praktisch und kompakt zu einem strategischen CSR-Ansatz. Ein hoher Zeit- und Mittelaufwand ist nicht zwingend erforderlich, um verantwortliche Unternehmensführung im Kern der Geschäftstätigkeit zu verankern. Für die Umsetzung von CSR-Seminaren in Unternehmen und durch Einrichtungen für Weiterbildung, Wirtschaftsförderung und Unternehmensberatung stellt das Praxisbuch fünf komplett ausgearbeitete Trainingseinheiten vor:

- (1) Einführung in die Unternehmensethik
- (2) CSR am Arbeitsplatz
- (3) CSR und Umweltfragen
- (4) CSR am Markt
- (5) CSR im Gemeinwesen

Neben kompakten theoretischen Einführungen in die einzelnen Module und Erklärungen der Begrifflichkeiten von CSR-Konzeptionen stehen 18 praktische Übungen im Vordergrund. 12 Fallbeispiele verdeutlichen den CSR-Prozess, den KMU bereits erfolgreich eingeleitet haben. 7 ethische Dilemmata ermöglichen einen kritischen Diskurs über CSR in KMU. Ein Leitfaden zur Organisation von Betriebsbesuchen bei Unternehmen mit erfolgreichen CSR-Praktiken und eine Dokumentation von bereits durchgeführten CSR-Veranstaltungen runden das Handbuch ab.

Als Herausgeber des CSR TRAININGSHANDBUCH FÜR KMU greifen Wolfgang Keck und Martina Schubert von FO.FO.S – Forum zur Förderung der Selbständigkeit (Wien) die Erkenntnisse des EU-Pilotprojekts „Förderung der Corporate Social Responsibility in kleinen und mittleren Unternehmen“ auf. Das Projekt wurde von FO.FO.S in Österreich gemeinsam mit Trainingseinrichtungen aus Estland, Italien, den Niederlanden, Portugal und Ungarn durchgeführt und durch die Europäische Kommission unterstützt.

250 Seiten, ISBN: 978-3-9502227-5-3, online bestellen im FO.FO.S – Shop www.fofos.eu

Ein-Personen-Unternehmen - „Echte“ UnternehmerInnen oder atypisch Beschäftigte?

Kurz-Vortrag und Diskussion zum Themenbereich „Arbeit und Soziales“

Antrag an die Konferenz diese Zielgruppe von Arbeitenden im Rahmen von „Arbeit und Soziales“ bzw. „Geld und Arbeit“ zu fokussieren.

61 % aller europäischen Unternehmen sind Ein-Personen-Unternehmen (EPU), in Österreich sind es 54 % aller Gewerbebetriebe (170.000). Zusätzlich gibt es rund 36.000 Neue Selbständige, die zum größten Teil auch ohne Angestellte tätig sind. Diese Form der atypischen Beschäftigten ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Gemeinsam ist diesen Selbständigen, die in ganz unterschiedlichen Branchen tätig sind, dass sie für alle Aufgaben „in ihrem Betrieb“ alleine zuständig sind und sozial schlecht abgesichert sind. Eine von FO.FO.S – Forum zur Förderung der Selbständigkeit im Rahmen des EU-Projekts „Self-Employment“ 2006 durchgeführte Umfrage unter 337 Ein-Personen-Unternehmen in Österreich ergab, dass ca. 40 % im Sinne von „working poor“ einzustufen sind, also kein ausreichendes Einkommen durch ihre selbständige Tätigkeit erwirtschaften können, obwohl die meisten der Befragten über eine qualifizierte Ausbildung verfügten. Das ist sicherlich auch ein Grund, warum mehr als die Hälfte der Befragten ihre Interessen derzeit nicht ausreichend vertreten sieht. Das von der Wirtschaftspolitik erwartete personelle Wachstum wird nur ein Teil der Ein-Personen-Unternehmen erfüllen. Nur 36,8 % der Männer und 20,5 % der Frauen planen, in den nächsten drei Jahren Angestellte zu beschäftigen.

Vorgestellt werden **Vorschläge um die Arbeitssituation von Ein-Personen-UnternehmerInnen zu verbessern z.B.:**

- Viele Wirtschaftsförderungen sind auf größere Betriebe zugeschnitten.
- Die Fortbildung von Selbständigen wird kaum gefördert
- Wirtschaftsgesetze behindern Kleinstunternehmen unverhältnismäßig. Das neue Telekommunikationsgesetz z.B. verbietet per Telefon oder E-Mail Kontakt mit potentiellen Auftragnehmern kostengünstig aufzunehmen. Eine Geldstrafe von bis zu 37.000 Euro droht EPU genauso wie einem Konzern.
- Abbau der Bürokratie bei Steuer- und Sozialversicherungsregelungen.
- Die Betriebshilfe greift bei vielen Dienstleistungen nicht.
- Der Mindestbeitrag bei der Sozialversicherung von Euro 2.700 jährlich und die 20 % Selbstbehalt stellen teilweise Existenz bedrohende Verpflichtungen dar.

Die Studie ist unter www.fofos.at kostenlos anzufordern.

Martina Schubert ist Geschäftsführerin von FO.FO.S – Forum zur Förderung der Selbständigkeit. Seit 2000 beschäftigt sie sich im Rahmen von Projekten mit dem Thema „Ein-Personen-Unternehmen fördern“ und schrieb mehrere Bücher der Reihe SOLOCOM – Ein Wissensprogramm für Ein-Personen-Unternehmen. www.fofos.at

EL SOL – Solarenergie für Bolivien

Filmpräsentation

Das im Jahr 2005 initiierte Projekt EL SOL im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zielt darauf ab, der bolivianischen Bevölkerung den Zugang zu Warmwasser durch den Selbstbau von Sonnenkollektoren zu ermöglichen, indem die dafür erforderliche Technologie von Österreich nach Bolivien transferiert wird. Das Projekt wird u.a. vom österreichischen Unternehmen Windkraft Simonsfeld GmbH & Co KEG finanziert und befindet sich in einer wichtigen Expansionsphase. EL SOL ist derzeit auf der Suche nach Kooperationspartnern für die kommende Projektphase und soll an die Öffentlichkeit getragen werden.

Beim zweiten Einsatz von EL SOL im Jänner und Februar 2007 wurde die verbesserte Technologie umgesetzt, ein zweiter Kollektortyp entwickelt und Kooperationen mit lokalen Partnern geschlossen. EL SOL hat die in Bolivien erfolgte Arbeit mitgedreht und einen Dokumentarfilm in der Länge von 30 Minuten geschnitten. Im Rahmen der Konferenz Zivilgesellschaft könnte die Arbeit von EL SOL der österreichischen Bevölkerung, insbesondere InteressensvertreterInnen im Bereich der Erneuerbaren Energie und der Entwicklungszusammenarbeit, näher gebracht werden. Bei Bedarf könnte die Filmpräsentation durch eine inhaltliche Diskussion zum Projekt EL SOL oder zum Thema Nachhaltigkeit im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit abgerundet werden.

Der UNO zufolge verfügen 2,4 Milliarden Menschen weltweit über keinen Zugang zu sauberem Wasser, 1,1 Milliarden haben keine sanitären Anlagen und täglich sterben 6000 Kinder an Krankheiten, die zu 80 % durch verseuchtes Wasser verursacht werden. Unser deklarierte Beitrag ist es, gegen diese Umstände zu kämpfen – für ein nachhaltiges Miteinander auf globaler Ebene.

Entschleunigung! Das gute Leben im Schnittpunkt zwischen dem „ökologischen Fußabdruck“, der „Wende der Titanic“ und den „50 Vorschlägen für eine bessere Welt“

Workshop

Wie kein zweites Konzept zeigt der ökologische Fußabdruck, kurz „Footprint“ genannt, die ökologischen Grenzen unseres Planeten auf. Dieses „neue Bild der Welt“ hilft, den Mythos vom ewigen Wachstum als gefährliche Illusion zu entlarven.

Eine friedliche, zukunftsfähige Welt wird erfordern, das enorme Ungleichgewicht beim Naturverbrauch auszugleichen und auf ein nachhaltiges Niveau zu senken und dabei zugleich die menschenverachtenden, sozialen und wirtschaftlichen Missstände abzubauen.

Zugleich skizziert der Footprint Modelle für zukunftsfähige Lebensstile und gibt ein Maß für globale Verantwortung: *Das gute Leben von einem Hektar*.

In unsere Gesellschaft erfordert dies einen deutlich anderen „Lebens-Stil“, mehr „Sein als Haben“, bewusst dematerialisiert, dafür mit wieder gewonnener Zeitsouveränität.

Jede Einzelne kann dazu beitragen, indem weniger gearbeitet und weniger konsumiert wird (Entschleunigung), und die verbliebene Nachfrage in Richtung ökologische, zukunftssichere Produkte und Dienstleistungen gelenkt wird.

Damit so ein Ausstieg aus dem Hamster-Rad des ewigen Wachstumszwanges ohne Einbußen an Lebensqualität möglich sein wird, braucht es allerdings mehr als persönliche Beiträge. Es erfordert grundsätzliche Änderungen in der Art, wie wir als Gesellschaft leben und wirtschaften.

Diese Änderungen kommen selbstverständlich nicht „von oben“ und auch nicht aus dem System. Hier ist die "Zivilgesellschaft" gefragt, wo Vielfalt und Fairness schon heute vor Profit und *Monokultur* rangieren.

Konsequent weitergedacht, verschmelzen die Anliegen von ökologischer Stabilität und Energie-Wende mit Forderungen nach einem bedingungsloses Grundeinkommen und nach Arbeitszeitverkürzung, nach Menschen- und Bürgerrechten und nicht zuletzt nach einer Begrenzung von Besitz und global fairen Regeln für die Wirtschaft.

Die gute Nachricht: auch dazu kann jede Einzelne beitragen, indem aktiv daran gearbeitet wird, dass zukunftsichernde, politische Maßnahmen in Angriff genommen werden.

Die Frage, ob solche, zukunftsfähige Programme tatsächlich schon angeboten werden, - und wenn nein – woher sie kommen können - ist die aktuelle Herausforderung für die Zivilgesellschaft.

Ernst Gruber

Friedensmusikfestival

Präsentation

Am 11.sept. 2004 erlebte wien die prämiere des nun jährlich mitte sept. stattfindenden festivals! Das Konzept ist einfach, es nützt die völkerverbindenden rytmen der musik um auf friedenthemen in form von infoständen z.b. vom friedensbüro wien oder global2000 ec. aufmerksam zu machen! eine openairbühne mit einem bunden programm tut das seine dazu! das fest ist offen für alle zivilgesellschafts vernetzer und will ein jährlicher fixpunkt sein für alle die taten setzen wollen anstatt nur zu jammern!

www.openairforpeace.org

Monika Krampfl

Individuelle und kollektive Schatten der Zivilgesellschaft

Workshop

Der Schatten ist unsere „andere Seite“ – die Kehrseite der Medaille - und enthält jene verdrängten Anteile, von denen wir glauben, dass sie nicht akzeptabel sind oder „so wie wir auf keinen Fall sein wollen“.

C.G. Jung war einer der ersten Therapeuten, der den dunklen Bereich in uns entdeckte: *„Der Schatten ist alles das, was du auch bist, aber auf keinen Fall sein willst“.*

Nun kommt zum jeweils eigenen, individuellen Schatten noch die Erbschaft des kollektiven Schattens dazu – und speziell wenn wir glauben, Gutes zu tun und auf der Seite der Gutmenschen zu sein, laufen wir Gefahr alles scheinbar Böse abspalten zu müssen oder nach Außen zu verlagern.

Um Frieden und ein gutes Leben zu manifestieren, müssen wir wissen, was das ist. Wir müssen dazu in erster Linie Frieden schließen mit unseren Schatten. Denn nur, wenn wir uns selbst als ganze Person lieben, sind wir auch fähig andere zu lieben. Wenn wir unsere Schatten umarmen, indem wir sie mit Aufmerksamkeit, Liebe und Akzeptanz annehmen, schließen wir Frieden mit dem inneren „Bösen“.

Die Konferenz Zivilgesellschaft ist nur soviel, wie wir aus ihr machen – und - sie kann sich nur soweit entwickeln und erfolgreich sein, wie jede/r Einzelne bereit ist, sich zu entwickeln und zu lernen.

„Selbstreflexion und das Arbeiten am eigenen Ich werden zukünftig zu sozialen Schlüsselkompetenzen schlechthin. Die Krise des Sozialstaates und der Wandel der Arbeitswelt verlangen vom Einzelnen mehr Selbstveränderungsfähigkeit.“ (M. Horx)

Monika Krampfl

Psychotherapeutin, Meditationslehrerin, Autorin

www.monikakrampl.info

Wolfgang Pekny, Plattform Footprint

Plattform Footprint, bessere Kooperationen für eine bessere Welt.

Kurzreferat im Plenum

Die Plattform Footprint ist eine neu geformte Allianz aus Umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen, die gemeinsam mit Forschungseinrichtungen, sozial- wie ökologisch verantwortungsvollen Unternehmen und dem zukunftsorientierten Teil von Politik und Verwaltung dem Konzept „Footprint“ zu weiter Verbreitung verhelfen wollen.

Gemäß dem Motto „Einheit in der Vielfalt“ ist Footprint dabei zentrales, verbindendes Element für ein neues Verständnis der ökologischen Grenzen unseres Planeten und damit auch der Grenzen für unser Handeln.

Im gegenseitigen Verständnis der unterschiedlichen Rollen von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollen die Mitglieder der Plattform nicht künstlich zusammen geschweißt werden, sondern jede auf ihre Weise, aber gemeinsam in die gleiche Richtung wirken: einen kleineren Fußabdruck und ein fairere Welt.

Prinzipien und Strategien für die globale Energiewende

Impulsreferat, Workshop

Der menschenverursachte Klimawandel ist durch den IPCC-Bericht 2007 im Auftrag der UNO so zu sagen amtlich.

Die Klimafolgekosten sind durch den „Stern-Report“ von Okt. 2006 so zu sagen amtlich.

Das dringende und intensive Gegensteuern muss ab sofort und innerhalb der nächsten 10 bis höchstens 13 Jahre erfolgen, mahnen die Klimaexperten.

Dazu bedarf es einiger allgemeingültiger Prinzipien, die außer Acht zu lassen, die best gemeinten Klimawandel-Strategien erfolglos oder nicht ausreichend erfolgreich machen.

Einerseits ist daher das Bewusstsein für die Faktenlage (Trend des Klimawandels, Trend der fossil-atomaren Energieressourcen; etc.) offen darzustellen. Zweitens sind die diversen Strategien zu betrachten und auf Tauglichkeit zu überprüfen:

Was ist machbar? Was ist gefährlich, und was Ziel führend? Diese Themen und dazugehörige Fragen sind jetzt intensiv zu diskutieren und rasch(!) Konsens zu finden, was ab sofort geschehen muss, damit wir tatsächlich ein für alle Mal aus der Klimafalle heraus finden.

Hans P. Aubauer

Die soziale Reduktion des Naturverbrauches auf ein nachhaltiges Niveau

Kurz-Referat im Plenum, Workshop

Erreicht werden soll die Reduktion durch einen Ressourcenanteilshandel mittels Zertifikaten, die einer zweiten lokalen Währung entsprechen. Der Handel bewirkt die schrittweise und schließlich restlose Internalisierung (Hineinrechnung) der sehr hohen ökologischen sowie sozialen externen (auf die Allgemeinheit abgewälzten) Kosten in die Preise, die die Konsumenten indirekt mit dem Kauf der Güter/Dienstleistungen verursachen, aber mit deren Preisen nicht zahlen. Da diese Kosten sowohl positiv, als auch negativ sind, verändert ihre Berücksichtigung in den Preisen deren Unterschiede relativ zueinander, jedoch kaum deren Durchschnitt. Erwünschte ressourcenextensive Güter werden billiger und verdrängen unerwünschte ressourcenintensive Güter vom Markt, die teurer werden.

Es lässt sich zeigen, dass das Sozialprodukt nicht dadurch vermindert wird, dass der knappe Produktionsfaktor Naturressourcen durch den im Überangebot vorhandenen Produktionsfaktor Arbeit/Wissen/Verantwortung ersetzt wird. Die Einkommen/Löhne werden dabei relativ zu den Lohnkosten schrittweise mit Geldmittel angehoben, die von einer Verteuerung der Naturressourcen stammen. Länder können ihren Naturbedarf derart auf ihr nachhaltiges Naturangebot senken und als wichtiges Vorbild für die notwendige Reduktion des weltweiten Naturbedarfes auf das dauernd aufrecht erhaltbare Angebot der Erde fungieren. Belohnt werden sie dabei durch zunehmende Unabhängigkeit vom immer schärfer werdenden globalen Ressourcenverteilungskampf, durch sinkende Arbeitslosigkeit und durch Rahmenbedingungen, die sozial und ökologisch verträgliches Verhalten, Techniken und Strukturen finanziell belohnen und Unverträglichkeit sehr teuer machen.

Es mag ratsam erscheinen diese ungewohnte (weil neuartige) Zertifikatshandelsphase mit einem sozialen Wechsel der Steuerbasis von der Besteuerung der Arbeit auf die Besteuerung der Ressourcennutzung einzuleiten. Der Wechsel ist „sozial“, weil er die Bezieher niedriger Einkommen stark (aber aus ersten ethischen Prinzipien rechtfertigbar) begünstigt. Konkret werden dabei stufenweise steigende Steuern auf die Ressourcennutzung eingehoben, mit denen die bisherigen Steuern jedes Bürgers stufenweise um ein und denselben Betrag abgesenkt werden. Statt der Arbeit/Wissen werden die Nutzungen der Natur besteuert.

Sepp Eisenriegler, R.U.S.Z

Sozialwirtschaft als 3. Wirtschaftssektor

Kurzreferat im Plenum

Das Modell der „(Öko-) Sozialen Marktwirtschaft“ ist mit der mittlerweile permanenten Erosion des Sozialstaates zu einer Defensiv-Konzeption geworden. Das Dilemma der sozialen Marktwirtschaft ist ihre Beschränkung auf ein Domestizierungsprogramm: Sie tastet den funktionalen Kern der kapitalistischen Ökonomie nicht an und wird so zur Beruhigungsspielle in wirtschaftlich guten Zeiten, in denen man sich die ökologische und sozialen Komponenten der „(Öko-) Sozialen Marktwirtschaft“ auch leisten kann (und will).

Wenn die Zeiten „härter“ werden, gibt es tendenziell nur mehr „Marktwirtschaft“ – ohne sozial und auch ohne öko-!

Es geht nun darum, die Sozialwirtschaft verstärkt als strategische Utopie ins Spiel zu bringen. „Sozialwirtschaft“ ist die Produktion von Gütern und Dienstleistungen außerhalb des Marktsystems. Sie kann als eigener (dritter) Wirtschaftssektor zwischen Staat und Markt jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik verstanden werden.

Die sozialwirtschaftliche Unternehmenskultur gründet auf zivilgesellschaftlichem Engagement, verbunden mit unternehmerischer Initiative (entrepreneurship). Sozialwirtschaftliche Unternehmen wirtschaften anders: Sie entwickeln eigene betriebswirtschaftliche Strategien in zentralen Handlungsfeldern!

Volksbefragung der ziv. Gesellschaft zur Position Europas

Kurzreferat

Nach den unzähligen – zum großen Teil berechtigten - Klagen über das praktizierte Europa wäre es höchste Zeit, dem etwas Positives gegenüber zu stellen. Dadurch würden sich die Bürger/Innen ernst genommen und in den „Prozess Europa“ einbezogen fühlen.

Es wird eine Art „Positiv-Befragung“ zu Europa vorgeschlagen in der die Vorstellungen und Wünsche an ein Europa geäußert werden können, mit dem man sich identifizieren und das man gerne als erweiterte Heimat annehmen würde.

Alle Details zu den Befragungsunterlagen und Vorgängen müssten aber noch ausdiskutiert werden, eventuell könnte ein „Probelauf“ in einem Land, z.B. in Österreich oder in einem seiner Bundesländer, abgehalten werden. Das Befragungsergebnis wäre eine wertvolle Unterlage für den weiteren Entwicklungsprozess Europa und auch die Verfassungsfrage aber auch für eine selbstbewusste und verantwortungsvolle Position und Rolle Europas im weltweiten Kräftespiel.

IG-EuroVision (Gerhard Schuster und Ines Kanka)

Volksgesetzgebung jetzt! – Projekt EU21 – Dritter Weg

Workshop und

Antrag an die Konferenz zur Aktion „Volksgesetzgebung jetzt!“

Die Aktion „Volksgesetzgebung jetzt!“, das Projekt „EU21“ und das Projekt „Dritter Weg“ sind drei Initiativen der *IG-EuroVision*, die wir in die Konferenz und in die Initiative Zivilgesellschaft insgesamt einbringen und bei dem Workshop präsentieren wollen.

Die Idee der *dreistufigen Volksgesetzgebung* (siehe: www.volksgesetzgebung-jetzt.at) ist schon im letzten Jahr bei der 1. *Konferenz Zivilgesellschaft* vorgestellt worden und ist auf so breite Zustimmung gestoßen, dass die Forderung ihrer Verwirklichung in die Abschlusserklärung der Konferenz eingeflossen ist. Wir möchten daher in diesem Jahr an die Konferenz den *Antrag* stellen, die Aktion „Volksgesetzgebung jetzt!“ als *Projekt der Initiative Zivilgesellschaft* bezeichnen zu können.

Das Projekt „EU21“ umfasst die 1999 begonnen Arbeit der *IG-EuroVision* für eine *europäische Verfassung „von unten“*. Aktueller Projektschritt ist eine *Petition* an die deutsche Ratspräsidentschaft, die auch an die Abgeordneten und Regierungsmitglieder in Österreich ging. Siehe: www.ig-eurovision.net

Zu dem Ideenzusammenhang „*Dritter Weg*“, hat die *IG-EuroVision* im vergangenen Jahr das Lesebuch *"Für eine Welt nach dem Maß des Menschen - Die Alternative zur neoliberal dominierten Gesellschaft ist notwendig und möglich"* publiziert. Siehe: www.ig-eurovision.net

Gerhard Schuster(IG-EuroVision)

Zivilgesellschaft 2.0

Workshop

Der Begriff Web 2.0 ist in aller Munde. Er fasst in breiter Weise die verschiedenen Aspekte einer „2. Generation“ des Internets zusammen. Diese Version 2.0 des Web setzt - durch verfeinerte Technologien und schnellere Netze ermöglicht - auf *Kommunikation, Vernetzung und interaktives Zusammenwirken*.

Ein wichtiges Element etwa sind hier die „Weblogs“ oder kurz „Blogs“. Sie ermöglichen es – richtig angewandt – Mitteilungen in „Echtzeit“ an Menschen mit gleichen Interessen zu bringen, auch wenn wir sie noch gar nicht kennen. Die Elemente, die hier dahinter stehen, scheinen eigentlich wie für die zivilgesellschaftliche Arbeit erfunden, doch: die Zivilgesellschaft (v.a. die österreichische) kommt auf diesem Feld – im Vergleich zu anderem – so gut wie gar nicht vor.

In dem Workshop möchte ich einige Möglichkeiten aufzeigen, die jeder auch schnell ergreifen kann, ohne gleich ein/e Spezialist/in werden zu müssen.

Zukunftsforum: Systemwandel

(unter Systemwandel verstehen wir die Änderung der Grundeinstellung weg vom Glauben an die technologische Lösbarkeit aller Probleme hin zur Respektierung naturbedingter Grenzen durch die Entwicklung neuer Rahmenbedingungen (insbesondere für die Wirtschaft) für die notwendige Umstellung des Lebensstils)

Kurzreferat im Plenum und ev. Workshop

Antrag an die Konferenz zur Einrichtung eines „Zukunftsforums: Systemwandels“

Ausgangslage. In den bisherigen Diskussionen wurde Übereinstimmung erzielt, den Systemwandel zum zentralen Anliegen der Initiative Zivilgesellschaft zu machen. Die in den Ergebnissen der ersten Konferenz Zivilgesellschaft formulierte Diagnose der Fehlentwicklungen des bestehenden Systems und Vision eines zukünftigen nachhaltigen Systems sowie die aufgelisteten Maßnahmen müssen weiter konkretisiert werden.

Leitlinie. Das „Zukunftsforum: Systemwandel“ ist eine Plattform zur Entwicklung von Strategien für einen Systemwandel mit einer konkreten Umgestaltung der alltäglichen Lebensverhältnisse. Dazu wird ein Brückenbau zwischen verschiedenen vorgeschlagenen Modellen und Instrumenten zur Erreichung des ökologischen Ziels der Naturbewahrung und des sozialen Ziels einer gerechten Verteilung des Wohlstands unter direkt-demokratischen Verhältnissen angestrebt.

Aufgabenbereiche zur Erreichung des Systemwandels. Die Hauptaufgaben sind mit der Leitlinie verknüpft, die Ergebnisse werden durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit verbreitet, die auch Reaktionen auf die aktuelle Medienberichterstattung einschließt. Es werden Bereiche unterschieden, die nur im großen Maßstab gemeinsam beeinflussbar sind (als Rahmensetzung – z.B. Geld- und Arbeitssystem der Wirtschaft, Raumplanung) und solche die jeder einzelne beeinflussen kann (z.B. Konsum- und Mobilitätsverhalten), wobei der Schwerpunkt der Arbeiten auf der notwendigen Änderung der Rahmenbedingungen liegen sollte.

Organisation. Die Arbeit im „Zukunftsforum: Systemwandel“ wird von einem Kernteam (5 – 10 Personen) getragen, das auch für die Koordination der Aufgaben und für die regelmäßige Berichterstattung an die Initiative Zivilgesellschaft verantwortlich ist. Sie wird gegebenenfalls entgeltlich durchgeführt.

Sonstige Bemerkungen:

Das „Zukunftsforum: Systemwandel“ beschäftigt sich mit dem Hauptziel der Initiative Zivilgesellschaft und sollte mit anderen (sektoralen) Projekten/Initiativen für die dafür in allen Bereichen notwendigen Maßnahmen abgestimmt werden.

Beweggründe für eine Mitwirkung in der „Initiative Zivilgesellschaft“ respektive im „Zukunftsforum: Systemwandel“:

- Motivation die Projekte und Kampagnen aufeinander abzustimmen
- Motivation eigene Bemühungen zu intensivieren und speziell auszurichten
- Anschlusspartner/innen/Organisationen zur gegenseitigen Stärkung finden
- Motivation außenstehende Organisationen neu zu integrieren – wir brauchen die aktive Mitarbeit vieler Leute und die Bündelung von Ideen, lediglich ein Wachstum von neuen Organisationen wäre nicht förderlich
- mit dem EVI-Prinzip zu wirkungsvollen Kampagnen vieler Organisationen im Sinne des Systemwandels zu kommen und damit im Gesamterfolg der Kampagne den Erfolg des Einzelnen sehen und umgekehrt.

Wenn Hilfe zur Begegnung wird

*Aktion Mensch und Deutsches Rotes Kreuz
rufen zum Schreibwettbewerb auf*

Deutschland: Menschen helfen Menschen: beruflich, ehrenamtlich, ganz nebenbei. Menschen benötigen Hilfe: weil sie krank sind, weil sie unvermutet in eine Notlage geraten, weil es nicht anders geht. Um helfende Menschen und Menschen, denen geholfen wird, geht es bei "WendePunkte. Momente der Hilfe, Momente der Begegnung". Gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) startet die Aktion Mensch diesen Schreibwettbewerb am 8. Mai, dem Weltrotkreuztag.

Einsendeschluss ist der 31. Oktober. Der bundesweite Wettbewerb ist Teil des Gesellschafter-Projektes der Aktion Mensch.

"Dort wo Menschen helfen oder sich helfen lassen, entsteht eine entscheidende Qualität unserer Gesellschaft: Mitmenschlichkeit und Solidarität", sagt DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters. "Mit unserem Wettbewerb wollen wir solche Begegnungen würdigen.

Wir sind gespannt zu erfahren, wie Hilfe geben und Hilfe in Anspruch nehmen die eigene Sichtweise und manchmal sogar das ganze Leben verändern kann."

Die Aktion Mensch und das DRK rufen "Helfende" und "Hilfebedürftige" auf, sich zu beteiligen und ihre besonderen Begegnungen im Alltag aufzuschreiben. Dazu Dieter Gutschick, Geschäftsführer der

Aktion Mensch: "Beim Schreibwettbewerb WendePunkte geht es um besondere Momente. Um Situationen, in denen die Rollen der Beteiligten sich vielleicht verkehren. Egal wie kurz oder für andere Menschen nebensächlich der Moment war: Uns interessieren Erlebnisse und Erfahrungsberichte, in denen Hilfe zur Begegnung zwischen zwei Menschen wird."

Teilnehmen können ehrenamtliche und hauptamtliche Helfer und Menschen, die Hilfe in Anspruch nehmen oder genommen haben. Zugelassen sind alle Formen der textlichen Gestaltung wie Berichte, Erzählungen, Essays oder Gedichte auf maximal vier Seiten DIN A4. Einsendeschluss ist der 31. Oktober, die Bekanntgabe der Gewinner erfolgt im Februar 2008.

Weitere Informationen und Teilnahmeunterlagen erhalten Sie im Internet unter: <http://dieGesellschafter.de/wendepunkte> bei der Aktion Mensch oder beim DRK. ■



Reihe: Ratgeber

OGB VERLAG

Kammer für Arbeiter
und Angestellte (Hrsg.)

OGB VERLAG

Sozialstaat Österreich

Sozialleistungen im Überblick

Lexikon der Ansprüche und Leistungen

Ausgabe 2007

Herausgeber:
Kammer für
Arbeiter und
Angestellte
für Wien

Sozialleistungen im Überblick

9. neu bearbeitete Auflage
2007, 384 Seiten, € 23,80
ISBN: 978-3-7035-1277-3

Sozialstaat Österreich

Sozialleistungen im Überblick

Lexikon der Ansprüche und Leistungen

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistung bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung.

Der Überblick zeichnet sich durch klare Gliederung, leichte Lesbarkeit und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus.

Die Gliederung orientiert sich an typischen Lebenssituationen, an die Ansprüche auf Sozialleistungen regelmäßig anknüpfen: Kinder/Familie, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Arbeitsunfall, Ausbildung, Alter, Krankheit/Behinderung, Pflegebedürftigkeit und ergänzende Sozialleistungen.

Über den unmittelbaren Kreis der Leistungsbezieher hinaus wendet sich der Ratgeber an alle Berufsgruppen, die Anspruchsberechtigte unterstützen, sowie an Experten der Rechts- und Sozialpolitik.

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

In jeder Buchhandlung oder direkt bei

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136
E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Kommission unterstützt Pressefreiheit weltweit

Heute (3.5.07, Anm.d.Red.)nimmt die Europäische Kommission an den Feierlichkeiten anlässlich des UNO-Welttags der Pressefreiheit teil, der dieses Jahr der Sicherheit und der Straffreiheit von Journalisten gewidmet ist. Informationsfreiheit und freier Zugang zu Informationen sind grundlegende Menschenrechte, die weltweit gewahrt sein sollten. Die Europäische Union hat die freie Meinungsäußerung sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen zu einer ihrer obersten Prioritäten im Bereich der Menschenrechte gemacht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/601&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Europäische Rechnungshof feiert sein 30-jähriges Bestehen mit Informationsständen in zahlreichen europäischen Städten

Zusätzlich zu den Veranstaltungen der europäischen Institutionen anlässlich des Europatages am 9. Mai jedes Jahres feiert der Rechnungshof 2007 den ganzen Mai über zusammen mit den europäischen Bürgern sein 30-jähriges Bestehen. In rund zwanzig Städten überall in Europa werden Informationsstände die Besucher erwarten. Öffentliche Diskussionen, Informationsmaterialien und interaktive Spiele sollen ein besseres Verständnis von Bedeutung, Rolle und Tätigkeit des fünften Organs der Europäischen Gemeinschaft vermitteln. Einzelne Prüfer werden sich an den Ständen zur Verfügung halten, um die Fragen der Bürger direkt zu beantworten und den Hof als "finanzielles Gewissen der Europäischen Union" der breiten Öffentlichkeit zugänglicher und verständlicher zu machen.

3.5.07

Emissionshandel: Kommission entscheidet über den nationalen Zuteilungsplan Estlands für 2008-2012

Die Europäische Kommission hat heute die Prüfung des estnischen nationalen Plans über die Zuteilung von CO₂-Emissionszertifikaten für den Handelszeitraum 2008-2012 des EU-Emissionshandelssystems abgeschlossen. Die Kommission nahm den estnischen nationalen Plan unter der Bedingung an, dass einige Änderungen vorgenommen werden, darunter eine Verringerung der vorgeschlagenen Gesamtmenge der Emissionszertifikate. Akzeptiert wird eine jährliche Zuteilung, die 12,7 Millionen Tonnen CO₂ entspricht, was um 47,8% unter dem liegt, was Estland vorgeschlagen hatte. Das EU-Emissionshandelssystem stellt sicher, dass Treibhausgasemissionen im Energiesektor und in der Industrie zu den geringsten Kosten für die Wirtschaft reduziert werden, und es hilft der EU und ihren Mitgliedstaaten, ihre Ziele im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu erreichen

4.5.07

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/613&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Technologien zum Schutz der Privatsphäre

Bestehender Rechtsrahmen

In Artikel 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union wird das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten anerkannt. Näher geregelt ist dieses Grundrecht im einschlägigen Rechtsrahmen der EU für den Schutz personenbezogener Daten, der sich hauptsächlich aus der Datenschutzrichtlinie[1] und der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation[2] zusammensetzt. In diesen Richtlinien sind wesentliche Pflichten des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen, Rechte der Betroffenen, Sanktionen und gerichtliche Überprüfungsmöglichkeiten bei Datenschutzverletzungen sowie wirksame Durchsetzungsmaßnahmen festgelegt.

Doch der Durchsetzung dieses förmlichen Regelwerks stehen in der Praxis mitunter große Hindernisse im Weg. Letztere sind auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, die sich beim Einsatz der Technologie zur Bearbeitung von Daten durch unterschiedliche Stellen an unterschiedlichen Orten und bei der Durchsetzung nationaler Verwaltungsvorschriften und Gerichtsentscheide in anderen Hoheitsgebieten, besonders in Drittländern, ergeben.

Wenngleich streng genommen für die Einhaltung der Datenschutzvorschriften allein die für die Datenverarbeitung Verantwortlichen zuständig sind, tragen, gesellschaftlich oder ethisch-moralisch betrachtet, auch jene Personen, die technische Spezifikationen ausarbeiten bzw. Datenverarbeitungsprogramme oder Betriebssysteme entwickeln, eine gewisse Verantwortung für bestimmte Aspekte des Datenschutzes.

Eine weitere Möglichkeit zur Erreichung des

durch den Rechtsrahmen vorgegebenen Ziels, die Verarbeitung personenbezogener Daten auf das erforderliche Mindestmaß zu beschränken und nach Möglichkeit anonyme oder verschleierte Daten zu verwenden, wäre ein Rückgriff auf Technologien zum Schutz der Privatsphäre, die sicherstellen, dass Verstöße gegen Datenschutzvorschriften und persönliche Rechte nicht nur unter Strafe gestellt, sondern auch technisch erschwert werden.

Diese Mitteilung knüpft an den ersten Bericht über die Durchführung der Datenschutzrichtlinie[3] an.

Was sind Technologien zum Schutz der Privatsphäre?

Die Verwendung von Technologien zum Schutz der Privatsphäre kann dabei helfen, Informations- und Kommunikationssysteme und -dienstleistungen so zu konzipieren, dass nur so wenig wie nötig personenbezogene Daten gesammelt und verwendet werden müssen und die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen erleichtert wird. Durch die Verwendung von Technologien zum Schutz der Privatsphäre sollte es möglich sein, Verstöße gegen bestimmte Datenschutzvorschriften zu erschweren bzw. leichter aufzudecken.

Technologien zum Schutz der Privatsphäre sind zum Beispiel:

- **Eine automatische Datenanonymisierung nach einer bestimmten Zeit**, die auf dem Grundsatz basiert, dass die verarbeiteten Daten in einer Form aufbewahrt werden sollten, die die Identifizierung der Betroffenen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, zu denen die Daten



2. MAI 2007

ursprünglich gesammelt wurden, notwendig ist.

- **Verschlüsselungsverfahren**, die ein illegales Auslesen von Daten (Hacking) bei deren Übermittlung im Internet verhindern und es dem für die Datenverarbeitung Verantwortlichen erleichtern, seiner Pflicht nachzukommen, geeignete Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten vor einer unrechtmäßigen Verarbeitung zu ergreifen.

- **„Cookie cutters“**, die verhindern, dass „Cookies“ auf den PC des Nutzers geladen werden und dort ohne dessen Wissen bestimmte Vorgänge in Gang setzen, sind ein nützliches Mittel zur Einhaltung der Vorgabe, dass Daten nach Treu und Glauben und auf rechtmäßige Weise verarbeitet werden müssen und der Betroffene über die laufende Verarbeitung informiert werden muss.

- Die **„Platform for Privacy Preferences“** (P3P), die Internetnutzern Einblick in die Datenschutzpolitik von Webseitenbetreibern und den Vergleich ihrer Präferenzen in Bezug auf die von ihnen freigegebenen Informationen mit den diesbezüglichen Vorlieben anderer Internetnutzer ermöglicht, trägt ebenfalls dazu bei, dass es sich bei der Zustimmung des Betroffenen zur Verarbeitung seiner Daten um eine fundierte Entscheidung handelt.

Die Kommission unterstützt Technologien zum Schutz der Privatsphäre

Von einer breiteren Verwendung von Technologien zum Schutz der Privatsphäre verspricht sich die Kommission sowohl einen besseren Schutz der Privatsphäre als auch eine einfachere Einhaltung der Datenschutzbestimmungen.

Der Einsatz dieser Technologien wäre eine sinnvolle Ergänzung zum geltenden Rechtsrahmen und zu seinen Durchführungsvorschriften. Da unterschiedliche Akteure bei der Datenverarbeitung mitwirken und die gerichtlichen Zuständigkeiten je nach Land verschieden sind, kann sich die Durchsetzung des Rechtsrahmens als schwierig erweisen.

Technologien zum Schutz der Privatsphäre könnten bewirken, dass bestimmte Verstöße gegen die Datenschutzvorschriften, die Eingriffe in Grundrechte einschließlich des Rechts auf Privatsphäre zur Folge haben, vermieden werden, da sie technisch erschwert würden. Der Einsatz solcher Technologien muss daher nach Maßgabe eines Regelwerks erfolgen, das sich aus durchsetzbaren Datenschutzbestimmungen zusammensetzt, welche einen flexibel festlegbaren Schutz der Privatsphäre des Einzelnen ermöglichen. Die Verwendung von Technologien zum Schutz der Privatsphäre bedeutet nicht, dass die betreffenden Betreiber von bestimmten ihnen oblie-

genden Pflichten (wie der Pflicht, den Nutzern Zugang zu ihren Daten zu gewähren) befreit werden können.

Ferner könnte wichtigen öffentlichen Interessen besser gedient werden. Technologien zum Schutz der Privatsphäre sollten als ein Hilfsmittel entwickelt werden, das dafür sorgt, dass die einschlägigen Rechtsvorschriften eingehalten und nicht verletzt werden. Der rechtliche Rahmen für den Datenschutz sieht vor, dass zugunsten wichtiger öffentlicher Interessen wie der öffentlichen Sicherheit, der Kriminalitätsbekämpfung oder der öffentlichen Gesundheit Einschränkungen der allgemeinen Grundsätze sowie Eingriffe in die Rechte des Einzelnen vorgenommen werden dürfen. Die Bedingungen hierfür sind in Artikel 13 der Datenschutzrichtlinie und in Artikel 15 der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation festgelegt und entsprechen im Wesentlichen denen von Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK): Derartige Eingriffe erfolgen nach Maßgabe der einschlägigen Rechtsvorschriften und sind in einer demokratischen Gesellschaft notwendig, um wichtigen öffentlichen Interessen zu dienen.

Die Europäische Kommission fördert Technologien zum Schutz der Privatsphäre

Um die angestrebte Verbesserung des Schutzes der Privatsphäre und des Datenschutzes in der Gemeinschaft zu erreichen, will die Kommission folgende Maßnahmen durchführen:

- Ermittlung des Bedarfs an Technologien zum Schutz der Privatsphäre und ihrer technischen Anforderungen;
- Finanzierung der Erforschung dieser Technologien: Die EU beteiligte sich mit über 18 Mio. EUR an entsprechenden Forschungsarbeiten innerhalb des 6. Rahmenprogramms (2002-2006) und wird die für diesen Zweck vorgesehenen Mittel in den kommenden Jahren voraussichtlich noch erheblich aufstocken;
- Förderung des Einsatzes von Technologien zum Schutz der Privatsphäre in der Wirtschaft;
- Gewährleistung der Einhaltung geeigneter Normen zum Schutz personenbezogener Daten durch Technologien zum Schutz der Privatsphäre (durch Normung und Koordinierung der nationalen technischen Vorschriften über Sicherheitsvorkehrungen bei der Datenverarbeitung);
- Förderung des Einsatzes von Technologien zum Schutz der Privatsphäre in Behörden;

- Aufklärung der Verbraucher;
- Erleichterung der von den Verbrauchern zu treffenden Wahl durch Datenschutzsiegel.

Mehr über die Arbeit von Vizepräsident Frattini erfahren Sie auf seiner Website:

http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/frattini/index_de.htm

Weitere Informationen zu europäischen Maßnahmen zur Erforschung von Technologien zum Schutz der Privatsphäre

Einschlägige europäische Forschungsprojekte werden im Rahmen des Programms „Technologien der Informationsgesellschaft“ (IST) finanziert.

Siehe <http://cordis.europa.eu/ist/trust-security/projects.htm>

Beispiele bedeutender IST-Forschungsprojekte in diesem Bereich:

Projekt PRIME: Entwicklung von Lösungen zum besseren Schutz der Privatsphäre im Zusammenhang mit dem Identitätsmanagement,

http://cordis.europa.eu/fetch?CALLER=PROJ_IST&ACTION=D&RCN=71383

Projekt FIDIS: Entwicklung neuer Möglichkeiten zur Identifizierung von Personen (zum Beispiel „virtuelle Identitäten“) unter Berücksichtigung von Konzepten wie dem der Pseudonymität und der Anonymität,

http://cordis.europa.eu/fetch?CALLER=PROJ_IST&ACTION=D&RCN=71399

[1] Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31.

[2] Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation), ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37.

[3] KOM (2003) 265(01) vom 15.5.2003, siehe

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2003/com2003_0265de01.pdf

Verbesserung des Datenschutzes durch Technologien zum Schutz der Privatsphäre

Die Kommission nimmt heute eine Mitteilung über die Vorteile von Technologien zum Schutz der Privatsphäre an. Die Mitteilung enthält die diesbezüglichen Ziele der Kommission, die durch eine Reihe gezielter Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung solcher Technologien und ihrer Verwendung durch die für die Datenverarbeitung Verantwortlichen und die Verbraucher erreicht werden sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/598&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen zu den Tätigkeiten von Vizepräsident Frattini finden Sie auf seiner Website:

http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/frattini/index_de.htm

Ein weiterer Schritt zu einer neuen Meerespolitik – EU-Konferenz in Bremen

Am heutigen Abend, dem 2. Mai, werden die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso eine wichtige internationale Konferenz über das Grünbuch der Kommission „Die künftige Meerespolitik der EU“ eröffnen. Unter der Schirmherrschaft der deutschen Ratspräsidentschaft und des Landes Bremen wird diese Veranstaltung einen der Höhepunkte des einjährigen Konsultationsprozesses zum Grünbuch darstellen. Die dreitägige Debatte wird Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaftler und Vertreter von Interessengruppen aus ganz Europa zusammenbringen. Der Schwerpunkt der Erörterungen wird auf dem Mehrwert einer europäischen integrierten Meerespolitik liegen sowie auf der Ermittlung eines möglichen neuen Potenzials für die nachhaltige Entwicklung der europäischen Ozeane und Meere sowie der Küstengebiete. Die Teilnehmer werden sich mit den vorläufigen Ergebnissen der laufenden Konsultation auseinandersetzen und ihre Schlussfolgerungen der Kommission und der portugiesischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2007 vorlegen.

Präsident Barroso merkte an: „Die Einleitung einer EU-Meerespolitik war eine der ersten Initiativen dieser Kommission. Ich bin daher erfreut, diese Politik zusammen mit Bundeskanzlerin Merkel und der kommenden portugiesischen Präsidentschaft voranzubringen. Ozeane und Meere grenzen Europa ein, halten es aber auch zusammen“.

Vizepräsident Jacques Barrot sagte: „90 % unseres Außenhandels werden auf dem Seeweg abgewickelt. Eine integrierte

Meerespolitik wird dazu beitragen, dass die wichtige Rolle, die der Seeverkehr für die europäische Wirtschaft spielt, anerkannt wird.“

Kommissionsmitglied Borg fügte hinzu: „Das Grünbuch über die Meerespolitik stieß unisono auf großes Interesse. Nach zehn Monaten intensiver Konsultation der Öffentlichkeit kann zu Recht von einer breiten Zustimmung, wenn nicht gar von Begeisterung für die Grundideen ausgegangen werden. Die Kommission fühlt sich durch diese Debatte in ihrem Vorhaben bestärkt und wird im Oktober eine Reihe von Vorschlägen für eine neue integrierte Meerespolitik der Union vorlegen, die alle politischen Bereiche berühren und miteinander verbinden wird.“

Die Konferenz wird mit einer Feierlichkeit und einem Abendessen im Bremer Rathaus unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters und Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Jens Böhrnsen, eröffnet. Die Programmrede der Konferenz wird von Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Barroso gehalten. Die eigentliche Konferenz beginnt Donnerstagmorgen. Die zweitägigen Erörterungen sind in vier Themenbereiche unterteilt: Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit; Forschung und Innovation; gemeinsame Verantwortung für die Meeresumwelt; Leben an den Küsten. Als Sprecher sind vorgesehen der Vizepräsident der Europäischen Kommission Jacques Barrot und der für Fischerei und maritime Angelegenheiten zuständige Kommissar Joe Borg ebenso wie der deutsche Bundesminister für Verkehr Wolfgang Tiefensee und weitere Minister aus anderen Mitgliedstaaten.



2. MAI 2007

Der Konferenz gehen eine Reihe von Nebenveranstaltungen am Mittwoch voraus, u.a. die Eröffnung einer wissenschaftlichen Meeresausstellung in Anwesenheit von Bürgermeister Böhrnsen, Bundesminister Tiefensee und Kommissionsmitglied Borg sowie Workshops zu den Themen Planung der Meeresnutzung, Meeresüberwachung, („blaue“) Meeresbiotechnologie, Meereswissenschaften und maritime Logistik.

Das von der Kommission im Juni 2006 veröffentlichte Grünbuch über die künftige Meerespolitik ist Teil der EU-Politik zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Europa des 21. Jahrhunderts. In dem Grünbuch werden die möglichen Vorteile eines ganzheitlichen Konzepts der Entwicklungs- und Planungspolitik ausgelotet, das über den derzeitigen sektoralen Ansatz bei den seegestützten Tätigkeiten und bei der Beschlussfassung hinausgeht, so dass Synergien maximiert und Konflikte zwischen den Nutzern vermieden werden können. Auf diese Weise dürfte es möglich werden, Wachstum und Beschäftigung im maritimen Sektor zu fördern und zugleich sicherzustellen, dass die Meeresumwelt zum Nutzen aller, auch der kommenden Generationen, geschützt wird.

Diese Konsultation ist eine der größten, die die Kommission jemals eingeleitet hat; sie läuft bis Ende Juni dieses Jahres. Die bisherige Beteiligung liegt extrem hoch: Zur Zeit liegen 141 schriftliche Beiträge von zahlreichen Küstengebieten,

Wirtschaftsverbänden, wissenschaftlichen Einrichtungen und NRO sowie von einzelnen Bürgern vor. Gemeinschaftsweit fanden 231 Veranstaltungen zu Themen des Grünbuchs statt, die von interessierten Kreisen organisiert und finanziert wurden.

Eine besonders große Anzahl von Beiträgen haben die Küstengebiete übermittelt, entweder direkt oder über Vertretungsgremien wie den Ausschuss der Regionen auf europäischer Ebene oder den Bundesrat auf nationaler Ebene; dies zeigt, dass die vom Grünbuch angetretene Debatte den europäischen Bürgern, von denen 40 % in der Nähe der Küste wohnen, ein echtes Anliegen ist. Nach Abschluss des Konsultationsprozesses wird die Kommission im Oktober eine Reihe von Maßnahmen vorschlagen. ■

Annahme des Haushaltsvorentwurfs 2008: *Größter Anteil der EU-Ausgaben für Wachstum und Beschäftigung veranschlagt*

Zum ersten Mal entfällt der größte Anteil der EU-Ausgaben auf Wachstum und Beschäftigung und nicht auf Landwirtschaft und natürliche Ressourcen. Diese wichtige Feststellung ist den Haushaltsvoranschlägen 2008 zu entnehmen, die von der Kommission heute angenommen wurden. Mit den Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von 129,2 Mrd. EUR erhöht sich der Haushalt um 2 % gegenüber 2007. Bei den Zahlungsermächtigungen im Gesamtbetrag von 121,6 Mrd. EUR ist eine Steigerungsrate von 5,3 % zu verzeichnen.

Die Annahme des Haushaltsvorentwurfs 2008 (HVE) durch die Kommission ist der erste Schritt im Haushaltsverfahren, bevor der Haushaltsplan vom Europäischen Parlament und Rat endgültig verabschiedet wird.

Die Verpflichtungsermächtigungen im HVE entsprechen 1,03 % und die Zahlungsermächtigungen 0,97 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU. Die Ausgaben für Wachstum und Beschäftigung erhöhen sich um 4,2 % gegenüber 2007 und machen 44,2 % der Haushaltsmittel aus. Auf den Umweltschutz und die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, einschließlich der Gemeinsamen Agrarpolitik, entfallen 43,6 % der Haushaltsmittel.

Dalia Grybauskaitė, das für Finanzplanung und Haushalt zuständige Kommissionsmitglied, bewertet diesen Haushaltsvorentwurf als historische Wende für die EU. Zum ersten Mal würden die direkt für Wachstum und Beschäftigung veranschlagten Ausgaben den größten Anteil der EU-Ausgaben ausmachen. Dies beweise, dass die Kom-

mission ihr ehrgeiziges Ziel weiterhin verfolge, nämlich bei der Veranschlagung der Haushaltsmittel verstärkt den globalen Herausforderungen Rechnung zu tragen, mit denen sich ganz Europa konfrontiert sehe. Es stünden jetzt höhere Haushaltsmittel für die Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts zur Verfügung, was jedoch nicht bedeute, dass die Maßnahmen in anderen Bereichen, insbesondere Umwelt, Energie, Freiheit und Sicherheit, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eingeschränkt würden.

Mehr als 57 Milliarden EUR zur Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung

Die erneuerte Lissabon Strategie steht nach wie vor im Mittelpunkt der EU-Politik. Ausgaben in Höhe von 57,2 Mrd. EUR werden für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik veranschlagt (Rubrik 1), was gegenüber 2007 eine Erhöhung um 2,3 Mrd. EUR (4,2 %) darstellt. Insbesondere steigen die Forschungsausgaben um etwa 11 %, die Investitionen in transeuropäische Energie- und Verkehrsnetze um 14 % und die Ausgaben für die Programme für lebenslanges Lernen um 9% (mit einer 63,5 %-igen Steigerung für Erasmus Mundus). Ferner werden die neuen Programme zur europaweiten Förderung der Kohäsion anlaufen. Die Ausgaben in diesem Bereich werden sich um fast 1,4 Mrd. EUR oder 3,1 % erhöhen, und in diesem Zusammenhang werden sich im Jahr 2008 die Ausgaben des Kohäsionsfonds für bedeutende Infrastrukturprojekte um mehr als 14 % erhöhen.

Die für die Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen (Rubrik 2) veranschlagten Ausgaben belaufen sich auf 56,3



2 MAI 2007

Mrd. EUR und bleiben gegenüber 2007 unverändert. Dies sollte jedoch nicht über die schrittweise Schwerpunktverlagerung in diesem Politikbereich hinwegtäuschen: marktbezogene Ausgaben und Direktbeihilfen für Landwirte verringern sich um nur 0,5 % auf 42,5 Mrd. EUR, während die Mittel für Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums weiterhin aufgestockt werden und mehr als 12,5 Mrd. EUR erreichen, was einer 1,6 %-igen Steigerungsrate gleichkommt. Die Ausgaben für das wichtigste Umweltschutzprogramm der Europäischen Union Life+ erhöhen sich um 11 % und betragen 267 Mio. EUR. Auch mit zahlreichen anderen EU-Maßnahmen wird der Umweltschutz unterstützt, in diesem Zusammenhang sind vor allem die Ausgaben für den Forschungsbereich zu nennen.

Die Ausgaben für Freiheit, Sicherheit und Recht (Rubrik 3a) erhöhen sich in beträchtlichem Ausmaß um 10,8 % und werden mit 691 Mio. EUR veranschlagt. Die signifikanteste Steigerungsrate von 24 % entfällt auf die Steuerung der Migrationsströme, und dafür werden mehr als 390 Mio. EUR veranschlagt.

Für die Programme zur Unionsbürgerschaft (Rubrik 3b) werden fast 600 Mio. EUR veranschlagt, was gegenüber 2007 einer Erhöhung von 11 % gleichkommt, wenn zwei Posten ausgenommen werden, die ausnahmsweise im Jahr 2007 finanziert werden (Übergangsfazilität für Rumänien und Bulgarien sowie Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds zur Unterstützung von Mitgliedstaaten im Falle unvorhersehbarer Naturkatastrophen). Insbesondere erhöht sich das Programm für öffentliche Gesundheit und Verbraucherschutz um 15 %, das Programm "Europa für Bürgerinnen und Bürger" um 18 % und das Programm Media um fast 21 %.

Mit den Maßnahmen im Außenbereich (Rubrik 4) soll der Einfluss der EU in der Welt anhand von Programmen gestärkt werden, für die mehr als 6,9 Mrd. EUR veranschlagt werden, was einer 1,5 %-igen Erhöhung gegenüber 2007 gleichkommt. Die Finanzierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik übersteigt den Schwellenwert von 200 Mio. EUR (Steigerungsrate von 26 %); die Entwicklungszusammenarbeit stellt mit 2,2 Mrd. EUR und einer 1,9 %-igen Erhöhung weiterhin den größten Haushaltsposten dar.

7,3 Mrd. EUR (5,6 % der Haushaltsmittel) sind für die Verwaltung (Rubrik 5) bestimmt. Die Verwaltungskosten für die Kommission werden in geringerem Umfang steigen als die restlichen Haushaltsmittel (4,1 %), wobei neue für die jüngsten Erweiterungen erforderliche Planstellen eingeschlossen sind. ■

Ombudsman: EU-Verwaltung noch nicht bürgerfreundlich genug

Der Europäische Bürgerbeauftragte, P. Niki-foros Diamandouros, hat 2006 insgesamt 3830 Beschwerden von EU-Bürgern, Unternehmen, Verbänden und Interessensgruppen erhalten. "Die Anzahl der Beschwerden bleibt damit in der Nähe des Rekordniveaus der beiden vergangenen Jahre", sagte Diamandouros bei der Vorstellung seines Jahresberichts 2006 in Brüssel.

Der Ombudsman stellte einen Anstieg der kritischen Anmerkungen fest, die er 2006 an die EU-Institutionen schicken musste. "Diese Entwicklung sollte bei jedem Anlass zur Sorge geben, der sich bessere Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern wünscht. An der Art und Weise, wie die öffentliche Verwaltung auf Beschwerden reagiert, lässt sich messen, wie bürgerfreundlich sie ist und wie sie die Entwicklung einer Dienstleistungskultur fördert." Diamandouros kündigte eine Studie über die Folgemaßnahmen der EU-Institutionen zu seinen kritischen Anmerkungen an. Der Bürgerbeauftragte wies darauf hin, dass er im Jahresbericht 2006 zum ersten Mal Fälle hervorhebt, in denen sich EU-Institutionen vorbildlich verhalten haben. Dazu gehören Fälle, in denen die Institutionen Rechnungen und Zinsen bezahlten, Dokumente freigaben, Ungerechtigkeiten berichtigten und Diskriminierungen beendeten.

Ein Viertel der Untersuchungen aus dem Jahre 2006 betrafen einen Mangel an Transparenz in den EU-Behörden, wie zum Beispiel die Verweigerung von Informationen. Zu anderen Formen von schlechter Verwaltung gehörten Ungerechtigkeiten, verspätete Zahlungen für EU-Projekten, Machtmissbrauch, Diskriminierung und Verfahrensfehler. Der Bürgerbeauftragte

befasste sich 2006 mit insgesamt 582 Untersuchungen.

Die meisten Untersuchungen betrafen 2006 die EU-Kommission (66%), gefolgt vom Europäischen Amt für Personalauswahl, dem Europäischen Parlament und dem Rat. Aus Spanien kam die größte Anzahl an Beschwerden (20%), gefolgt von Deutschland (14%), Frankreich (9%) und Belgien (6%). Im Verhältnis zur Bevölkerung wurden jedoch die meisten Beschwerden aus Luxemburg, Malta und Zypern eingereicht.

Im vergangenen Jahr hat der Europäische Ombudsman seine Bemühungen verstärkt, Unternehmen, Verbände, Nicht-Regierungsorganisationen, regionale Behörden und Interessensgruppen über seine Dienste zu informieren. Diamandouros erklärte: "Zur Zeit kommen nur 5% aller Beschwerden von diesen Gruppen. Es sind aber tausende von Firmen und Verbänden in allen EU-Mitgliedstaaten an EU-Projekten und -Ausreibungen beteiligt. Ich bin deshalb überzeugt davon, dass darunter viele sind, die möglicherweise Probleme mit der EU-Verwaltung haben und dass mich deshalb mehr Beschwerden dieser Art erreichen müssten."

Die Zusammenfassung und Statistiken 2006 sind in allen offiziellen EU-Sprachen erhältlich und enthalten Zusammenfassungen von Fällen, Hintergrund-Informationen und Statistiken unter folgender Internet-Adresse:

<http://www.ombudsman.europa.eu/report/de/default.htm>

Der komplette Jahresbericht auf Englisch ist ebenfalls unter dieser Internet-Adresse erhältlich. Er wird zu einem späteren



3.MAI 2007

Zeitpunkt in allen 23 Amtssprachen veröffentlicht.

Der Europäische Bürgerbeauftragte untersucht Beschwerden über Missstände in den Verwaltungen der EU-Organe und - Institutionen. Alle Bürger, Einwohner, Unternehmen oder Verbände in einem Mitgliedstaat können sich beim Bürgerbeauftragten beschweren. Der Bürgerbeauftragte bietet eine schnelle, flexible und kostenlose Möglichkeit zur Lösung von Problemen mit EU-Behörden. Für weitere Informationen: <http://www.ombudsman.europa.eu>

DATEN UND FAKTEN - JAHRESBERICHT 2006

Wie viele Beschwerden?

2006 erhielt der Bürgerbeauftragte 3830 Beschwerden. Das entspricht einem Rückgang um 2% im Vergleich zu 2005 (3920). Er befasste sich mit 582 Untersuchungen, darunter neun Untersuchungen aus eigener Initiative.

Was wurde getan?

Der Bürgerbeauftragte kann nur mögliche Verwaltungsmissstände in den EU-Institutionen untersuchen und nicht Beschwerden über nationale oder regionale Behörden in den Mitgliedsstaaten, auch wenn sie EU-Recht betreffen. In fast 70% der Fälle konnte er weiterhelfen, durch das Einleiten einer Untersuchung, die Überweisung eines Falles an die zuständige Behörde oder durch Rat, an wen sich Beschwerdeführer wenden können.

Gegen wen?

66% der Untersuchungen betrafen 2006 die EU-Kommission, gefolgt vom Europäischen Amt für Personalauswahl (13%), dem Europäischen Parlament (8%) und dem Rat (2%). Die Kommission ist die EU-Institution, die die meisten Entscheidungen mit direkten Auswirkungen für die Bürger trifft. Es ist deshalb normal, dass die meisten Beschwerden die Kommission betreffen.

Worüber?

Mangelnde Transparenz oder Verweigerung von Informationen (25% aller Untersuchungen), Ungerechtigkeit oder Machtmissbrauch (19%), Verfahrensfehler (12%), vermeidbare Verzögerungen (9%), Diskriminierung (9%) und Nachlässigkeit (8%) gehörten zu den Hauptvorwürfen. Die Beschwerden reichten von verweigertem Zugang zu Dokumenten über verspätete Zahlungen für EU-Projekten bis zur Diskriminierung von EU-Angestellten.

Von wem?

Aus Spanien wurden die meisten Beschwerden eingereicht (20%), gefolgt von Deutschland (14%), Frankreich (9%) und Belgien (6%). Im Verhältnis zur Bevölkerung kamen jedoch die meisten Beschwerden aus Luxemburg, Malta und Zypern. Die meisten Beschwerden wurden von einzelnen Bürgern eingereicht (95%), von Unternehmen oder Verbänden kamen 5%.

Insgesamt 57% der Beschwerden wurden auf elektronischem Wege eingereicht, entweder per E-Mail oder mit Hilfe des Beschwerdeformulars auf der Website des Bürgerbeauftragten. 416 533 Personen haben die Website im Jahre 2006 besucht.

Welche Ergebnisse?

Insgesamt 64 Fälle wurden nach der Beschwerde beim Bürgerbeauftragten durch die Institutionen beigelegt. Drei Beschwerden führten zu einer einvernehmlichen Lösung. In 95 Fällen ergaben die Untersuchungen keinen Verwaltungsmissstand.

In 41 Fällen verfasste der Bürgerbeauftragte eine kritische Anmerkung. Eine kritische Anmerkung wird normalerweise gemacht, wenn es nicht mehr möglich ist, den Verwaltungsmissstand zu beseitigen. In Fällen besonders schwerwiegender Verwaltungsmissstände, und wenn es noch möglich ist, sie zu beseitigen, kann der Bürgerbeauftragte einen Empfehlungsentwurf verfassen. 2006 wurden 13 Empfehlungsentwürfe gemacht. Die schärfste Waffe des Bürgerbeauftragten ist ein Sonderbericht an das Europäische Parlament. 2006 gab es zwei Sonderberichte.

AUSWAHL VON FÄLLEN 2006

Informationen zu Fluggastrechten

Der Ombudsmann forderte die Kommission auf, falsche und irreführende Informationen in Merkblättern, Postern und einem Video über Fluggastrechte zu korrigieren. Zwei Luftfahrt-Verbände hatten sich zuvor beim Bürgerbeauftragten beschwert. Sie kritisierten das Informationsmaterial der Kommission über die Rechte von Flugreisenden auf Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen bei Nichtbeförderung, Annullierung von Flügen oder großen Verspätungen.

EIB gewährt Zugang zu Prüfbericht

Die Europäische Investitionsbank (EIB) erlaubte öffentlichen Zugang zu Teilen eines Prüfberichts, nach einer entsprechenden Beschwerde beim Ombudsmann. Die EIB gewährte außerdem einem beteiligten Unternehmen privaten Zugang zu anderen Teilen des Berichts, der die Unternehmensgruppe betraf, zu der die Firma gehörte. In dem Prüfbericht ging es um ein von der EU finanziertes Großprojekt in Afrika. Der Bürgerbeauftragte begrüßte das konstruktive Verhalten der EIB als Modell für künftige Fälle.

Klarere Verträge bei EU-Finanzierung

Der Ombudsmann riet der Kommission, die Klarheit von Verträgen zur Bereitstellung von EU-Geldern zu verbessern, um mögliche Missverständnisse über die Bezahlung von Nebenverträgen zu vermeiden. Eine niederländische Beratungsfirma hatte sich zuvor über die Entscheidung der Kommission beschwert, Geld für ein Projekt unter dem Fünften Rahmenprogramm zurückzufordern. Der Ombudsmann fand keinen Verwaltungsmissstand in diesem Fall, er schlug der Kommission jedoch vor, diese Art von Verträgen künftig klarer zu gestalten.

Besserer Datenschutz

Die Europäische Kommission erklärte sich bereit, ihre Interpretation der europäischen Datenschutz-Richtlinie zu überdenken. Ein deutscher Bürger hatte sich zuvor über die Behörden in Hamburg beschwert, sie würden unrechtmäßig persönliche Daten an Unternehmen weitergeben, obwohl sie wüssten, dass die Daten für Direktmarketing verwendet würden. Die Kommission hatte zunächst argumentiert, die Datenschutz-Richtlinie gewähre dagegen keinen Schutz. Nach Einschreiten des Bürgerbeauftragten erklärte sich die Kommission jedoch bereit, ihren Standpunkt zu überprüfen.

Sprachen auf EU-Präsidenschafts-Websites

Der Bürgerbeauftragte forderte den Rat auf, die Sprachen-Regelung für die Websites der EU-Präsidenschaft zu überdenken. Ein deutscher Verein hatte sich zuvor beim Bürgerbeauftragten beschwert, diese Websites sollten nicht nur auf Englisch und Französisch, sondern auch auf Deutsch angeboten werden. Dem Rat zufolge ist allein der Mitgliedstaat für die Website verantwortlich, der die Präsidenschaft innehat. Der Bürgerbeauftragte ist anderer Meinung und legte, nachdem der Rat seinen entsprechenden Empfehlungsentwurf abgelehnt hat, den Fall dem Europäischen Parlament vor.

Zugang zu Dokumenten über GVOs

Der Ombudsmann schickte der Kommission eine kritische Anmerkung wegen ihrer Weigerung, Zugang zu Dokumenten über die Sicherheit von gentechnisch veränderten Organismen (GVOs) zu gewähren, die sie bei der Welthandelsorganisation (WTO) eingereicht hatte. Dies folgte einer entsprechenden Beschwerde der Nicht-Regierungsorganisation Friends of the Earth. Die Kommission erlaubte schließlich den Zugang zu den Dokumenten. ■